

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steindrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Vertikale oder deren Raum 80 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Das Testament des Scharfmachers.

Unter der großen Zahl von Unternehmerorganisationen, die den Kampf gegen die Gewerkschaften und gegen die auf die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter gerichteten Bestrebungen als ihre Aufgabe betrachten, nimmt der Zentralverband der Industriellen eine ganz hervorragende Stellung ein. Nicht nur, daß er die älteste dieser Organisationen ist, er ist auch der typische Scharfmacherverband. Der Freiherr von Stumm, der Herrscher in Saarabien, hat einst dem Zentralverband der Industriellen den Stempel seines Geistes aufgedrückt. Stumm konnte sich der persönlichen Freundschaft des deutschen Kaisers rühmen, und es gereichte ihm zur besonderen Genugtuung, seinen Freund gegen die Arbeiterschaft „scharf gemacht“ zu haben. Auf diese Tätigkeit bezieht sich die Bezeichnung „Scharfmacher“, die zuerst für Stumm und den Zentralverband der Industriellen geprägt, seither zum Gattungsnamen für die verkehrt gerichteten Sozialpolitiker wurde, welche in der rücksichtslosen Unterdrückung jeder selbständigen Regung der Arbeiterschaft, in der vollständigen Abschließung der Arbeiter ihr höchstes Ideal erblickten.

Der Zentralverband der Industriellen existiert seit dem Jahre 1876; das Verlangen der Industriellen nach hohen Schutzzöllen war die treibende Kraft bei seiner Gründung. Er will eine Vertretung der Großindustriellen sein; die Unternehmer aus der rheinisch-westfälischen Saabindustrie spielen in ihm die erste Geige. Daneben sitzen im Zentralverband die Vertreter verschiedener anderer Industriezweige, von welchen vornehmlich die großen Textilindustriellen zu nennen sind. Als Geschäftsführer des Zentralverbandes der Industriellen fungierte von Anfang an der Generalsekretär S. W. Bued, in dem sich die arbeitserfindlichen Bestrebungen der Scharfmacherorganisation am deutlichsten verkörpert. Herr Bued war unermüdet tätig, der fortschreitenden Arbeiterbewegung Steine in den Weg zu wälzen. Wenn die Gewerkschaften trotzdem vorwärts marschiert sind und sich großartig entwickelt haben, so ist das ein Beweis für die Miesentraft, die der Arbeiterbewegung innewohnt, so daß selbst der mächtige Einfluß eines Bued nicht dagegen aufkommen kann.

Im Versuchen, die Arbeiter und ihre Organisationen zu schädigen, hat es der Zentralverband und sein Generalsekretär Bued nicht fehlen lassen, und sie fanden für ihre Wünsche bei den maßgebenden Regierungskreisen stets ein offenes Ohr. Wenn in Deutschland ein Ausschlag gegen die Arbeiterschaft geplant wurde, und diese Fälle sind bekanntlich keineswegs selten, dann findet man, wenn man hinter die Kulissen leuchtet, als treibende Kraft regelmäßig den Zentralverband und Herrn Bued. Große Verdienste hat sich dieser Scharfmacher um die vom Kaiser so fetterlich beförderte, aber schließlich recht schmählich verscharrte Buchhausvorlage erworben. Herr Bued war der Adressat des Briefes, in welchem Rosadowich den Zentralverband um eine Spende von 12000 Mark anging zur Betreibung der Agitation für das Buchhausgesetz. Und wie erfolgreich sich Herr Bued als Ministermacher hinter den Kulissen betätigt hat, zeigt der vertrauliche Brief, den er am 7. Juli 1896 an den Augsburger Spinnerkönig Reichsrat v. Kahler geschrieben hat. In diesem Briefe heißt es: „Daß wir endlich doch Herrn v. Berlepsch klein bekommen haben, hat mich auch mit Befriedigung erfüllt.“ Dann kommt eine Schilderung des neuen Handelsministers Wresfeld, den Herr Bued schon in der Kur gehabt hat, um ihn erfolgreich im Sinne des Zentralverbandes zu bearbeiten.

Nun ist Herr Bued alt geworden. Er zählt jetzt 80 Jahre und er hat das Bedürfnis, sich von den Geschäften zurückzuziehen. In der am 9. Dezember abgehaltenen Delegiertenversammlung des Zentralverbandes der Industriellen erstattete er zum letzten Male seinen Tätigkeitsbericht. Die Rede, die der alte Scharfmacher bei der Gelegenheit hielt, ist gewissermaßen sein politisches Testament, und seine Zuhörer werden es sicher nicht an Eifer fehlen lassen, es durchzuführen. Das Wachstum der Gewerkschaften erfüllt ihn mit Schrecken, und die Niederlagen, welche die Arbeiter bei den drei großen wirtschaftlichen Kämpfen dieses Jahres, den Ausperrungen im Baugewerbe, auf den Seeschiffswerften und bei der Straßenbahn in Bremen den Unternehmern beigebracht haben, haben seinen grimmen Zorn erregt. Er gibt den Unternehmern den Rat, große Ausperrungen ins Werk zu setzen. „Bei einer Ausperrung

von 480 000 Metallarbeitern,“ so führt er aus, „würde der Sieg auf unserer Seite gewesen sein. Es handelt sich da um zwei Millionen Mäuler, die täglich gesättigt werden müssen. Da würden die 50 Millionen der Gewerkschaften bald daraufgegangen sein. Der Sieg wäre den Arbeitgebern sicher gewesen. Die gegenwärtige Lage stellt den deutschen Arbeitgeber vor die Alternative, zunächst unter Überwindung der aus kleinlichen Gründen herbeigeführten Spaltung der Industrie sich fest zusammenschließen, in dem festen Willen, große Opfer zu bringen, und in der unerschütterlichen Absicht, die Gewerkschaften niederzuzwingen, zu zerschlagen, zu vernichten, das muß das Ziel sein, etwas anderes gibt es nicht — oder sich unter die Herrschaft der Gewerkschaften, der Sekter und Aufrihrer zu beugen und nach ihrer Weise zu tanzen.“

Dann läuft Herr Bued Sturm gegen das Koalitionsrecht. „Der Arbeitswillige ist vogelfrei, durch das Streikpostensystem sind die Arbeitswilligen straflos dem Willen der Genossen preisgegeben. Wir haben oft genug um Abhilfe gebeten, aber immer vergebens.“ Die Regierung, die heute meint, daß die bestehenden Gesetze genügen, um den Schand- und Untaten der Sozialdemokratie entgegenzutreten, war früher anderer Meinung. Bued erinnert an die verschiedenen Versuche, die von früheren Regierungen unternommen wurden, dem Wunsche der Scharfmacher nach Ausnahmegesetzen Rechnung zu tragen und gedenkt mit Behmut des schmählichen Geschehes, das der Buchhausvorlage bereitete wurde. „Durch die ihr gewährte Nachsicht und Tölpelung hat die Sozialdemokratie das Recht auf die Strafe sich fast erobert. Die viertägige Revolution in Rußland hat gezeigt, wie tief Ansehen und Autorität schon gesunken sind. Wenn unsere Machthaber behaupten, daß die Gesetze ausreichen, so behaupte ich, daß sie gar nicht Gelegenheit haben, die Mißstände zu erkennen. Arbeitswillige können halbtot geschlagen werden und machen doch keine Anzeige, weil sie sich nicht der Nachsicht ihrer Genossen aussetzen wollen. Dazu tritt die Verleumdung in Wort und Schrift. Diese Freiheit ist von dem national erstarrten England zu uns gekommen. Weil uns sollte man das zarte Pflänzchen des Nationalgefühls nicht dem verdorrenden Gauche der Sozialdemokratie aussetzen.“

Alle diese Verhältnisse haben Ihr Direktorium veranlaßt, das Odium auf sich zu nehmen und in einer Eingabe zur Nobelle zur Strafprozeßordnung schwerere Strafen gegen die Untaten der Sozialdemokratie zu fordern. Wenn es unmöglich ist, solche Gesetze durchzuführen, dann möge die Regierung alle Mittel anwenden, um zu sehen, ob nicht der Reichstag gefügig zu machen ist.“

Es braucht kaum hervorgehoben zu werden, daß die Scharfmachereien ihres scheidenden Generalsekretärs bei den Delegierten des Zentralverbandes der Industriellen rauchenden Beifall auslösten. Je mehr die Arbeiterschaft geknebelt und an der Wahrnehmung ihrer Rechte gehindert wird, desto besser blüht der Weizen der Industriellen, desto ungenierter können sie sich auf Kosten des Volkes bereichern. Wenn Herr Bued von der Untätigkeit der Regierung gesprochen hat, die kein Verständnis für die Wünsche der Industriellen zeige, dann hat er sich, wie er selbst am besten weiß, einer starken Übertreibung schuldig gemacht. Nach wie vor sinnt man in den höheren Regionen auf Mittel, um den Fortschritt unserer Organisationen zu hemmen. Bethmann Hollweg hat nicht lange gezögert, dem scheidenden Bued zu zeigen, daß er nicht vergeblich an die Reichsregierung appelliert. Die Statute, die der Reichstanzler am 10. Dezember im Reichstag hielt, ist gewissermaßen eine Antwort auf die Rede des alten Oberscharfmachers vom vorausgegangenen Tage. Eigentliche Ausnahmegeetze will Bethmann Hollweg nicht einführen, er ist der Meinung, daß es schöner aussehe, wenn man das gemeine Recht so ausgestaltet, daß es eine Handhabe bietet, in der Praxis das gleiche zu erreichen, was man von Ausnahmegeetzen erwartet. Bei der Revision des Strafgesetzbuches sollen, so kündigte der Reichstanzler an, Bestimmungen in dasselbe aufgenommen werden, die sich gegen die Sozialdemokratie richten. Bei der Reichsversicherungsordnung kommt es hauptsächlich darauf an, die Mitwirkung der Arbeiterschaft an der Verwaltung der Krankenkassen auszuschalten und die Verletzung der Strafprozeßordnung soll als Verbrechen genommen werden, um Bestimmungen zu schaffen, welche die Möglichkeit bieten, Streikführer vor eine Art Standgericht zu stellen. Herr Bued kann mit dieser Antwort auf seine Rede sehr zufrieden sein!

Bethmann Hollweg hat die Zwangsgeheubung gegen die Arbeiterschaft scheinbar ganz unabhängig von den Forderungen des Zentralverbandes der Industriellen angekündigt. Tatsächlich besteht aber zwischen dem Reden des aus seinem Amte scheidenden Oberscharfmachers und des Reichstanzlers ein enger Zusammenhang. Sie sind Vorspiele zu dem Kesseltreiben gegen die Arbeiterbewegung und gegen die Gewerkschaften, das demnächst beginnen wird, oder richtiger gesagt, in dem wir uns bereits befinden. Wir gehen ernst, schweren Kämpfen entgegen, aber wir dürfen ihnen ruhig und gefaßt entgegensehen. So lange die Arbeiterschaft sich selbst vertraut, ist sie auch stark genug, über ihre Feinde zu triumphieren. Sind die Versuche, die Arbeiterbewegung zu unterdrücken, fehlgeschlagen zu einer Zeit, als wir noch klein waren, so sind wir heute, wo wir über Miesorganisationen verfügen, stark genug, dem Gegner Trost zu bieten. Man kann vielleicht unseren Fortschritt erschweren, aber hemmen kann man ihn nicht. Der alte Scharfmacher Bued hat die Arbeit eines langen Lebens daran gesetzt, die Gewerkschaften „niederzuzwingen, zu zerschlagen und zu vernichten“. Aber obwohl er neben der eigenen starken Energie über alle möglichen Machtmittel verfügte, muß er doch resigniert gestehen, daß die Aufgabe, die er sich gestellt hat, über seine Kraft ging. Der gleiche Mißerfolg wartet auch der geistigen Erben Bued, denn die sich selbst vertrauende organisierte Arbeiterschaft ist unüberwindlich!

Die deutsche Berufs- und Gewerbe-zählung 1907 und die Holzindustrie.

XII.

u. Die Hausgewerbetreibenden sind in der Berufs- und Gewerbe-zählung in dreifacher Weise gezählt: 1. in der Berufszählung durch persönliche Befragung, 2. in der Gewerbe-zählung durch persönliche Befragung und 3. in der Gewerbe-zählung durch Befragung ihrer Arbeitgeber. Obwohl in der Befragung zwischen Hausindustrieller oder Hausgewerbetreibender und Heimarbeiter unterschieden wurde, rechnet die Bearbeitung der Statistik die Heimarbeiter zu den selbständigen Gewerbetreibenden, die Hilfskräfte von Hausgewerbetreibenden dagegen zu den Arbeitern bzw. Familienangehörigen. Wir wollen uns hier im wesentlichen an die zuverlässigeren Ermittlungen der Gewerbe-zählung halten.

Danach ist die Gesamtzahl der Hausgewerbetreibenden fortgesetzt im Rückgange begriffen, wie folgende Zusammenstellung nach den Angaben der Hausgewerbetreibenden zeigt:

Hausindustrielle	1882:	1895:	1907:
Hauptbetriebe:			
Alleinbetriebe	284 788	281 568	206 706
Gehilfenbetriebe	67 846	60 888	71 808
Insgesamt	352 634	342 456	278 514
Personen	476 080	467 984	405 292

Dieser Rückgang erstreckt sich indes nur auf die Hausindustriellen Kleinbetriebe, während die Gehilfenbetriebe in geringem Maße zunahm. Von diesen hausgewerblichen Betrieben und Personen entfielen auf die Gruppe Industrie im ganzen, sowie auf die einzelnen Gewerbegruppen im Jahre 1907 folgende Zahlen:

Gewerbe-Gruppen	Hausgewerbliche Betriebe				Hausgewerbliche Personen	
	Alleinbetriebe	Gehilfenbetriebe bis 3 Pers.	4-5 Pers.	6 und mehr	insgesamt	dabon weiblich
Bergbau, Bitumen	97	18	—	—	181	181
Steine, Erden	1754	1599	264	154	7816	2582
Metallverarb.	6408	8400	481	318	19248	2592
Masch.-Industrie	3185	1813	223	139	8405	1668
Chem.-Industrie	182	17	2	1	284	246
Leuchtstoffe u. c.	43	10	1	3	86	65
Textil-Industrie	68959	24771	1629	1162	188281	81843
Papier-Industrie	2253	1368	165	156	7511	4076
Leber-Industrie	2081	816	141	78	5335	1887
Holz- u. Schnitth.	11484	7129	555	262	31481	13337
Nahrungsmittel	11281	8031	155	110	19590	12254
Belleid.-Gew.	98966	19259	2085	1475	168875	112882
Reinig.-Gew.	1006	146	7	12	1514	1403
Baugewerbe	71	24	1	1	137	11
Poligraph. Gew.	368	41	3	5	545	224
Münzl. Gew.	504	103	21	20	697	97
Industrie	206687	63170	5733	3902	405236	234531
Gärtnererei	14	2	1	—	22	17
Handel	4	—	—	—	4	2

Den Hauptkern der Hausindustrie bilden also die Bekleidungsindustrie mit 121.785 Betrieben oder 43,6 Proz. der gesamten Hausgewerbebetriebe. An zweiter Stelle steht die Textilindustrie mit 91.521 Betrieben, an dritter Stelle die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe mit 10.480 Hausgewerbebetrieben und 31.481 Beschäftigten. Während sich aber in den meisten Gewerbegruppen ein Rückgang der hausgewerblichen Betriebe und Personen vollzogen hat, ist in den Bekleidungsindustrien sogar noch eine Zunahme um 1.487 Betriebe und 4515 Personen zu verzeichnen. Es handelt sich hier um durchaus moderne Hausgewerbe, die durchaus nicht sobald irgendwelcher Konkurrenz erliegen. Anders in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe. Hier wurden 1895 noch 23.356 hausgewerbliche Betriebe mit 87.140 beschäftigten Personen gezählt; auf je 100 Betriebe kamen 8,9 auf je 100 Personen 6,2 im Hausgewerbe. 1907 waren es nur noch 10.480 = 9,1 Proz. der Betriebe und 31.481 = 4,0 Proz. der beschäftigten Personen. Die Zahl der Hausgewerbebetriebe ist hier absolut zurückgegangen, freilich nicht in gleichem Maße, wie die Zahl der Betriebe überhaupt (daher die geringe relative Steigerung); die Zahl der Personen ging absolut und proportional zurück.

Das Personal der gesamten Hausgewerbebetriebe teilt sich in folgende Schichten: Betriebsleiter 275.059 = 68,9 Proz. (1895: 295.798 = 64,6 Proz.), Gehilfen 100.805 = 24,8 Proz. (1895: 130.068 = 30,3 Proz.) und mithelfende Familienangehörige 45.106 = 7,2 Proz. (1895: 23.153 = 5,1 Proz.). Hieraus ergibt sich, daß die Betriebsleiter 1907 an Zahl zwar sich vermindert hatten, aber trotzdem einen höheren Anteil der Beschäftigten repräsentierten, als 1895. Die Gehilfenschaft ging absolut und relativ zurück, der Anteil der mithelfenden Familienangehörigen ist erheblich gesunken. Die Zunahme der Gehilfenbetriebe beschränkt sich also völlig auf Familienbetriebe, die keine ständigen Hilfskräfte beschäftigen. Der Proletarisierungsprozeß in der Hausindustrie ist damit vollauf gekennzeichnet.

Nach den Angaben der Unternehmer wurden von 25.855 (1895: 22.307) Betrieben insgesamt 432.436 (1895: 430.482) Personen als Hausgewerbebetreibende, Heimarbeiter oder Plahgefallen beschäftigt. Diese Beschäftigtenziffern sind nicht allein höher, als die nach den Angaben der Hausindustriellen selbst, sondern sie sind auch seit 1895 nicht unerheblich gestiegen. Die Zahl der Betriebe und Beschäftigten betrug in den einzelnen Gewerbegruppen:

Gewerbegruppen	Betriebe, die Person. außerhalb hausgew. beschäftigen	Zahl der hausgewerblich Beschäftigten		
		männl.	weibl.	zuf.
Bergbau	0	—	427	427
Steine, Erden	301	2004	2753	4757
Metallverarbeitung	1315	12000	12198	25198
Maschinen-Industrie	788	7110	8929	10039
Chemische Industrie	93	180	998	1178
Lebensmittel	59	271	464	735
Textil-Industrie	5734	47229	120028	167257
Wappier-Industrie	768	2225	10502	12727
Leberr-Industrie	542	3538	8521	12561
Holz- und Schnitzstoffe	1624	7106	13807	20913
Nahrungsmittel	2413	11341	24850	36000
Bekleidungs-Gewerbe	9703	51633	117276	168909
Reinigungs-Gewerbe	133	75	698	773
Baugewerbe	87	563	0	574
Photogr. Gewerbe	233	639	1843	2512
Musikinstrumente Gewerbe	68	109	85	254
Industrie	23869	147159	312889	460048
Gärtneri.	30	82	70	152
Gabel.	1953	7747	14489	22286

Während von den Auftraggebern der Hausindustriellen für die Bekleidungsindustrie 5034, für die

Textilgewerbe sogar 28.076 Beschäftigte mehr angegeben werden, als nach den Angaben der Hausindustriellen selbst, geben die Unternehmer der Holz- und Schnitzstoffindustrie 10.588 Beschäftigte weniger an, als letztere. Solche Differenzen sprechen nicht sehr für die Glaubwürdigkeit des ganzen Materials. Sie sind auch nicht daraus zu erklären, daß die Unternehmer anderen Industriegruppen zugerechnet sind, als die Hausgewerbebetreibenden selbst. Wahrscheinlich ist die Zahl der hausgewerblich Beschäftigten weit größer, als nach den Angaben anzunehmen ist, und sie dürfte einen großen Teil der Inhaber der Kleinbetriebe umfassen, die kaum dem Namen nach Selbständige sind.

Werfen wir nun einen Blick auf die Hausindustrie in den Holzgewerken, so erhalten wir für 1907 das folgende Bild:

Gewerbebranche	Nach Angabe der Hausindustriellen selbst:			Nach Angabe der Unternehmer, die außerhalb Person. hausgew. Beschäft.	
	Betriebe	Person.	dav. Gehilfen	Betriebe	Person.
Holzaurichtung	28	106	82	31	581
Glatte Holzwaren	8409	6085	2070	648	5167
dav. Möbelschl.	640	1625	1104	200	8882
Wauflschl.	50	184	119	101	824
Korbmacherei	8050	10670	2589	81	1412
Dreh- u. Schnitzw.	8847	6704	2525	324	4219
dav. Drechsler	2204	8552	1151	191	2379
Holzspielw.	1495	2971	1334	98	1832
Kammacherei	40	73	30	15	30
Wurstmacherei	1282	1603	230	231	4558
Stoß- u. Schirmf.	609	712	119	151	1921
Stellmacherei	170	276	111	82	509
Mühlendau.	4	4	—	4	13
Musikinstr.-Fabr.	8305	5478	2311	183	3416
Chir. Instr.-Fabr.	109	266	174	40	542
Glaserei	35	59	28	83	207

Die Abweichungen zwischen den Angaben der Hausgewerbebetreibenden und denen ihrer Auftraggeber sind so erheblich, daß wir außerstande sind, weitergehende Schlüsse aus diesen Zahlen zu ziehen. Nach obiger Zusammenstellung geben die Unternehmer mehr Beschäftigte an, als die Hausgewerbebetreibenden selbst: in der Holzaurichtung 475, in der Möbelschlerei 1757, in der Wauflschlerei 160, in der Wurstmacherei 2053, in der Stoß- und Schirmfabrikation 1170, im Wagenbau 233, im Mühlendau 0, in der Verfertigung chirurgischer Instrumente 276 und in der Glaserei 148 Personen. Dagegen wollen die Unternehmer weniger Beschäftigte angeben in der Korbmacherei 9267 (!), in der Verfertigung glatter Holzwaren 918, in der Verfertigung von Dreh- und Schnitzwaren 2485, in der Drechserei 1173, in der Holzspielwarenindustrie 1639, in der Kammacherei 37 und in der Musikinstrumentenfabrikation 2057 Personen. Zweifellos ist sich ein Teil der Befragten über die Tragweite des Begriffes „Hausgewerbebetreibender“ nicht klar geworden, vornehmlich scheint aber ein größerer Teil falsche Angaben gemacht zu haben, vor allem die Unternehmer nur die Zahl ihrer Zwischenmeister, nicht aber die der außerhalb ihrer Betriebsstätte beschäftigten Personen angegeben zu haben. Anders ist die große Differenz in der Korbmacherei gar nicht zu deuten.

Der größte Teil der hausgewerblich tätigen Personen ist weiblichen Geschlechts. Von der Gesamtzahl in Industrie, Gärtnerei, Handel und Verkehr stellt das weibliche Geschlecht nach Angaben der Hausgewerbebetreibenden 57,9 Proz., nach Angaben der Unternehmer 67,9 Proz. aller Beschäftigten. In der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe differieren die Angaben; da geben die Hausgewerbebetreibenden 42,3 Proz., die Unternehmer dagegen 66,6 Proz. beschäftigte Frauen an. Bei solchen Differenzen erübrigt

sich jedes Urteil. Vergleichen wir die Angaben jeder der beiden Gruppen, der Hausgewerbebetreibenden wie der Unternehmer, für sich mit denen von 1895, so ergibt sich eine Zunahme (+) bzw. Abnahme (-) der hausindustriell Beschäftigten seit 1895 um folgende Zahlen:

	Nach Angabe der Hausindustriellen:	Unternehmer:
Holzaurichtung	+ 81	- 994
Glatte Holzwaren	- 9490	- 735
Korbmacherei	+ 2285	- 702
Drechserei	+ 765	+ 849
Holzspielwaren-Fabrikation	+ 1154	+ 246
Kammacherei	- 39	+ 21
Wurstmacherei	+ 208	+ 2418
Stoß- und Schirm-Fabrikation	+ 153	+ 127
Wagenbau	- 1278	+ 410
Musikinstrumenten-Fabrikation	+ 1604	+ 1092
Chirurg. Instrumenten-Fabrikat.	- 15	+ 161
Glaserei	- 51	+ 208

Uebereinstimmend sind beider Angaben nur über den Rückgang der hausgewerblich beschäftigten Personen in der Erzeugung glatter Holzwaren (Schlifferei usw.) und über die Zunahme derselben in der Drechserei, Wurstmacherei, Stoß- und Schirmfabrikation und Musikinstrumentenindustrie. In diesen Branchen, kann man annehmen, lassen die mitgeteilten Zahlen einigermaßen zuverlässige Schlüsse zu. In den übrigen Branchen der Holzberufe ist das nicht möglich. Es ist sicherlich kein gutes Zeugnis für unsere amtliche Statistik, daß es ihr auch diesmal nicht gelungen ist, ein zuverlässiges Bild der hausgewerblichen Verhältnisse zu geben.

Die Seze von damals.

w. Seit ihrem glänzenden Siege bei den Pollentottenwahlen von 1907 ist den Ordnungsparteien nicht mehr recht wohl. Die so herrlich „Niedergerittenen“ fanden schon wieder Kraftvoll auf festen Füßen, als noch die Sieger im Freudenrausch taumelten. Jede Nachwahl brachte ein fürchterliches Volksgericht über die Helden von 1907, die nun angstvoll dem Augenblick entgegenbargen, wo ihnen die stürmisch aufsteigende rote Flut über den Köpfen zusammenzuschlagen droht. In dieser verzweiflungsvollen Not leuchtet den Arbeiterfeinden aller Schattierungen nur noch ein Hoffnungsschimmer: Ausnahme-gesetze gegen die Arbeiterbewegung!

Zur Befriedigung dieser zehrenden Sehnsucht ist in den letzten Wochen die gleiche Seze inszeniert, wie kurz vor dem Sozialistengesetz. Nur daß die noch größere Unwissenheit der breiten Volksschichten 1878 es gestattete, die Angriffe auf die Arbeiterbewegung noch um einige Grade pöbelhafter und plumper zu gestalten und die Arbeiter selbst bei der Schwäche ihrer Organisationen wehrlos als heute diesem Messelkreisen ausgeliefert waren. Die Gewerkschaften trafen eben die letzten Vorbereitungen zu einem Kongreß, der am 9. Juni 1878 in Magdeburg stattfinden und die Zentralisation herbeiführen sollte, als am 11. Mai Södel und am 2. Juni Nobiling ihre „Attentate“ auf den Kaiser verübten. Beide hatten mit der Arbeiterbewegung nicht das geringste zu tun; der erstere war, wenn er überhaupt eine politische Gesinnung hatte, Anhänger der Stöckerpartei, der andere war ein politisch gänzlich indifferentes Mitglied der besitzenden Klasse. Dieser Umstand war fatal für den Reaktionsflügel, war aber für Bismarck durchaus kein Hindernis, unmittelbar nach der Kunde von Södel's Schuß zu telegraphieren: Ausnahme-gesetze gegen die Sozialdemokratie! Und schon auf diese bloße Ankündigung hin stürzte sich das „gestittete Bürgertum“ mit einer wahren Werfererwut auf die Arbeiterbewegung. Es wurde dabei nicht der geringste Unterschied gemacht zwischen der politischen

Von Leimräten, Erbkönigen und Rittengeln.

hr. Mit allen Berufen befaßt sich der Volkshumor, die Namen der Schriftsprache werden in manchen Kreisen weit jener gebraucht als lustige und oft satirische Bezeichnungen, die das Volk für Gewerbebezeichnungen aufgebracht hat. Ein deutscher Sprachforscher, Dr. Heinrich Klenz, hat unlängst in dem Verlage von Carl F. Trübner in Strassburg i. E. ein Scheltenwörterbuch herausgegeben, in dem er die Verweise, besonders Handwerkerbetriebe, und Verwandtes gesammelt hat. Da finden wir hier alle möglichen Berufs-Bezeichnungen, so auch über die unserer Kollegen, wenn wir freilich auch ein wenig unzufrieden sein dürfen, da wir zu unserem Erstaunen (schlechter Fortschritt, als viele andere Berufe. Sollten wir wirklich so wenig Anseh zum Spott und zur Satire gegeben haben? Vielleicht ist Dr. Klenz dieser oder jener Ausdruck, der in unserer Kreise üblich ist, entgangen? Vielleicht kann er aus unseren Kreisen diese oder jene Anregung erhalten, um in einer zweiten Auflage seines lustigen Buches uns mehr Raum widmen zu können. Sehen wir nun zu, was er uns am Zuge sitzen kann.

Was der Kundensprache führt er an den Holzwaren und den Leimrat, mit dem Leim hängen noch andere Bezeichnungen zusammen, so der Leipziger Ausdruck Leimrat und der von dem Wiener Dramatiker und Humoristen Franz Salmayende Leim. Mit der Arbeit hängen zusammen der Kundenausdruck Hohlhengenst, dann findet man den Leimrat, den Leimratier, d. h. den Mann, der die Leimrat mit dem Hohl abhöht. Mit dem Hohl hängen mehrere Ausdrücke zusammen, so der erwähnte Hohlhengenst, dann der Hohlst, der Hohlstfeger, bei Nestron kommt im Zusammenhangsbericht der Hohlmann vor, auch vom Meisterhohl wird gesprochen. Unter Hohlhengenst verstand man im 18. Jahrhundert einen Leimrat, besonders einen Leimratier, der kurz vor seiner Aufnahme unter die

Gesellen von jenen durch allerlei Zwangsmittel angetrieben wurde. Ein niederdeutscher Ausdruck ist der Schrubber. Zur Erklärung dieses Wortes wird aus dem Jahre 1652 zitiert: ein Smidder den Smidder nicht spottlich tho verhönen, „Al dyn Verstand“, sagt he, „de falt di mand de Spoehnen, Ein Strubber bistu doch bi-diner Hölvelband“; „Schrubben“ heißt so viel wie aus dem Größten hoheln.

Abraham a Santa Clara spottet in seinem Schriftchen „Was für Alle“, das im Jahre 1699 erschienen ist: es sind etliche Fischer nicht weit her, aber gleichwohl scheint es als wären sie gar aus Morgenland kommen, weil es immerzu bey ihnen heißt: „Morgen, morgen, morgen wirde fertig, morgen sollt der Herr haben“. Bei dem Berliner Humoristen Glahbrenner heißt es: „Ein Fischer is immer ausländig“.

Für den Holzhafer, Holzhafer hat die Kundensprache den Ausdruck Spraußfeger, das so viel heißt, als die Sprossen von dem Holze abschneiden.

Den Drechsler nennt die Kundensprache Erlauer oder Erbkönig, weil der Drechsler aus den Masern des Erbhölzes Dosen und Pfeifenköpfe macht.

Für den Bildhauer hat man in Mecklenburg den Ausdruck Bildhader.

Für den Stellmacher gibts in Rheinland den Ausdruck Kesser oder Assenmacher, das von der rheinländischen Bezeichnung Kesse Kf kommt. Im Mecklenburgischen hört man den Ausdruck Felgenboeger von den Felgen, d. h. die krummen Fölgler des Radtranzes. Der Ausdruck Krauter, der auch in anderen Handwerken vorkommt, wurde früher bei den Wagnern für Füscher gebraucht. Im Mecklenburgischen kommt auch noch der Ausdruck Speiksewer für Speichenspalter vor; aus der Kundensprache stammt das Wort Krummholz.

Für Glaserei sagt man in Berlin die Worte Rittengel, im Mecklenburgischen Rittmichel, im Westfälischen

Rittschiler, in der Gaunersprache den Ausdruck Rittmacher und Scherblingshengst. Für einen Einrahmer kommt in Berlin der Ausdruck Rahmenfrike vor. Bei dem Berliner Humoristen Glahbrenner findet sich der Satz: „Zit bin Fäser, mir können Se durch un durch sehen“. Das ist eine Umwandlung der weitverbreiteten Berliner Redensart: „S denn Ihre Vater Fäser? für jemanden, der einen im Lichte sieht.“

Für die Würsten- und Besenbinder kommt in der Gaunersprache das Wort Rospelpeter, in Berlin der Ausdruck Schrubber vor. Bekannt sind die Worte laufen wie die Würstenbinder, von denen Abraham a Santa Clara sagt, daß sie schon drei Meilen hinter Babylon bekannt sind. Wahrscheinlich kommt dieser Ausdruck davon her, daß es früher für das Trinken die Bezeichnung Würsten gab. Lessing erzählt von einem Liebe, das er als Kind gehört hat:

Wenn ich kein Geld zum Saufen hab,
So geh so schneid' ich Wesen ab
Und geh' die Gassen auf und ab,
Und schreie lauft mir Wesen ab,
Damit ich Geld zum Saufen hab.

Im Preussischen kommt auch der Ausdruck vor: fressen wie ein Würstenbinder, im Mecklenburgischen: lopen as en Wessenbinner, in Leipzig sagt man: laufen wie ein Würstenbinder, in Berlin: rennen wie 'n Würstendbinder.

Vom Kammacher wird aus der Studentensprache das Wort Kamuff erwähnt.

So sehen wir manche lustige Bezeichnungen für unsere Berufsgenossen; sicherlich gibt es aber noch manches andere Wort, das nur in engen Kreisen oder in wenigen Orten gebraucht wird, das der Vollständigkeit wegen aber für eine zweite Auflage dem Verfasser des Scheltenwörterbuches mitgeteilt werden sollte.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verhandlungsbeteiligte Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Rechtsstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

Zischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Buer i. Westf. (Dörpinau), Delmenhorst (Wagenfabrik Tönjes), Emden, Eisenberg (Stuittschler), Freiberg i. S. (Möbelfabrik Gustav Heinrich), Hameln (Norddeutsche Automobilfabrik), Herford (Landwirtschaftliche Maschinenfabrik Meibaum u. Gutenberg), Kaiserlautern (Gabel), Kleinenbroich, Mülln in Laub. (Möbbl. Freese), Mühlhausen i. Thür. (Weidelt u. Seifert), Mühlhausen i. S., Neu-Eisenburg (Wittich), Paderborn, Radeberg, Rastatt, Seegeberg, Stolp i. Pom.

Klavierarbeitern nach Braunschweig (Reiter u. Winkelmann), Heilbronn, Viegauß und Schmölln (S.A.).

Modellistern nach Zürich (Wiederkehr u. Schneller).

Stuhlbauern nach Br.-Holland.

Korbmachern nach Rheinfelden in der Schweiz.

Drechsler nach Stolp i. Pom., Neupala i. Böhmen.

Knopfmachern nach Frankenhäusen.

Werkzeugschleifer nach Breslau (Kampmeyer).

Stellmachern und **Wagenbauern** nach Delmenhorst, Rastatt, Schöttmar.

Arbeiterpartei und den Gewerkschaften, deren Kongress nun von den Behörden in Magdeburg hintertrieben, in Hamburg verboten und damit überhaupt unmöglich gemacht wurde. Inzwischen wurde im ganzen Lande von der Regierung, den Unternehmern und der bürgerlichen Presse ein solch unerhört nichtswürdiger Terrorismus gegen die organisierten Arbeiter gepredigt und ausgeübt, daß die Organisationen fast im Sterben lagen, ehe noch das Ausnahmegesetz beschlossen war. Um nur einige Beispiele anzuführen, kündigte die fromme „Heinrich-Westfälische Zeitung“ als „das einzig unfehlbare Rezept gegen die Umstürzler“ nichts Geringeres als den Scharfrichter an:

„Dieses Rezept ist ein radikal-Heilmittel, was stets eine gute Wirkung getan hat, so z. B. an den Volkshyranen der ersten französischen Revolution, die das Volgerüst, welches sie aufgerichtet hatten, selbst bestiegen mußten, und ebenso bei den Kommunisten und Petrolisten im Jahre 1871, die zu Tausenden niedergeschossen wurden oder in die Verbannung gingen.“

Das Rezept der Aus Hungereung wurde vom „Sorauer Wochenblatt“ empfohlen:

„Wer in dieser schmachtvollen Zeit noch ferner einen Sozialdemokraten in Lohn und Brot behält, ist entweder selbst ein Sozialdemokrat oder ein Tor, der sich in sein eigenes Fleisch schneidet.“

Wahrhaft toll gebärdete sich in den „Lüneburger Anzeiger“ ein teutscher Professor, der gelegentlich in öffentlichen Versammlungen politische Vorbeeren zu ersten versucht hatte, aber in seiner vollendeten Unwissenheit von den Arbeiterrednern schmählich zugelegt worden war. Er rächte sich nun durch folgenden Gesellschaftsritt:

„Würger! Haut mit geballter Faust das nichtswürdige, heulegerige, sozialdemokratische Gesindel ins Gesicht und sperrt elenden und phrasenhaften Schamlingen nicht eure Existenz, eure Familie, eure Sitte und Religion! Weg mit den jämmerlichen Parlamentschwägern, welche die pöbelhaften Menschenbestien mit Samtpfoten zu zähmen glauben! Ihren doktrinarischen Phrasen opfern solche Schwach-Kammerhelden noch Kaiser und Reich und machen uns zu Spott und Schanden vor den anderen Nationen! (Im Reichslage zierlich nämlich anfangs noch ein Teil der bürgerlichen Abgeordneten, dem Schandgesetz zustimmen.)“

Beil. erster noch als die Stillproben dieses wildgewordenen Professors waren für die organisierten Arbeiter die Maßnahmen, die direkt von den Unternehmern getroffen wurden. Die „Baugewerks-Zeitung“ ladete die Arbeitgeber auf:

„Wir dürfen nicht länger warten. Lasset uns aufstehen gegen die Sozialdemokratie! Verfehlung gegen Verfehlung! Gewalt gegen Gewalt! Der Krieg muß ein scharfer und kurzer sein. — Die Mittel sind entschieden, aber einfach. Ausschluß aller Sozialdemokraten, als Umstürzler und Kriegsrufer, aus allen Gewerkschaften und Körperschaften; Versagung jeder Arbeit an solche Arbeiter, die sich zur Sozialdemokratie bekennen; keine Wohnungsvermietung und keine Gemeinschaft überhaupt mehr mit Sozialdemokraten.“

Diese systematische Ausspeisung der öffentlichen Meinung konnte ihre Wirkung um so weniger verschlehen, als den Arbeitern selbst jede Gegenwehr unterbunden war. In zahllosen Betrieben waren Klase angehängt, wonach die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei oder zu einer Gewerkschaft, das Lesen von Arbeiterzeitungen und der Besuch von sozialdemokratischen Versammlungen, wozu auch die gewerkschaftlichen gezählt wurden, unweigerlich sofortige Entlassung nach sich ziehen

mürde. Minister und Landräte, Polizeibehörden und Stadtmagistrate, Handelskammern und Innungen, überhaupt alle, die nur irgendwie Anspruch darauf erhoben, staatsertreu und patriotisch zu sein, überboten sich gegenseitig in der Niedertüppelung der Arbeiterbewegung. In jenen Tagen waren Gewerkschaft und Partei wahrhaft eins, ja, die Tischlectnung in Schwere in beschloß sogar, sämtliche Gefellen zu entlassen, die einer von Arbeitern gegründeten freien Hilfskasse angehörten! Auch die entfernteste Verbindung mit der verhassten Arbeiterbewegung sollte mit dem Hungertode geahndet werden.

Die Leitungen der Arbeiterorganisationen mußten blutenden Herzens der Vernichtung ihres Lebenswerkes untätig zusehen. Aufsehung dagegen wäre Wahnsinn gewesen. Es versteht sich, daß in dieser schmachtvollen Zeit die Polizeiverfügungen und Rechtsprechungsmaschinerie wie noch nie klapperte. Es hagelte nur so von Strafmandaten wegen angeblicher Verträge gegen das Vereinsgesetz und in einer Reihe von Orten wurden die Gewerkschaften kurzerhand von den Behörden geschlossen. Das allerschlimmste Lockspiel- und Denunziantentum schoß in die Blüte und in dem einen Monat Juni 1878 wurden allein wegen Majestätsbeleidigung mehr als 250 Jahre Gefängnis verhängt! Unter diesen traurigen Umständen blieb den besten Freunden der Arbeiter nichts übrig, als Resignation zu empfehlen. Der „Vorwärts“ forderte selbst die Arbeiter auf: „Angeichts der niederen Bedrohungen der Arbeitgeber, angeichts der Maßregeln, welche den Arbeitern ihre Ueberzeugung rauben sollen, ersuchen wir unsere Gefinnungsgenossen nochmals, alles zu versprechen, ja selbst auf Ehrenwort zu versprechen und zu unterschreiben, was die Machthaber von ihnen fordern.“

So lagen die Verhältnisse, ehe noch das Ausnahmegesetz beschlossen war. Der Hauptzweck der infernalischen Heke lag klar zutage: die gesetzgebenden Körperschaften und die öffentliche Meinung für das Ausnahmegesetz breitzuschlagen.

Wir haben diese alten Erinnerungen ausgegraben, weil in so vielem die gegenwärtige Situation der damaligen ähnlich steht. Auch jetzt wieder spielen wildgewordene Unternehmerstribunen ein Uebermaß von Gift und Galle gegen die Arbeiterbewegung, und der Ruf nach Ausnahmegeetzen ertönt aus allen Ecken des bürgerlichen Mänterwaldes. Und genau wie damals die Söbel und Mobiling als rettende Engel für die Arbeiterseinde auf dem Plan erschienen, so müssen jetzt die Vorgänge in Moabit als „Beweise“ für die drohende Revolutionsgefahr dienen. Und in gleicher Weise wie damals richtet sich der zerstörungswütige Haß gegen die Gewerkschaften nicht weniger als gegen die politische Partei der Arbeiter.

Kein Zweifel, daß die Scharfmacherclique neue Ausnahmegeetze zu erzielen hofft, indem sie eine Wiederholung der Heke von 1878 inszeniert. Aber mit ungleich größerer Ruhe kann die heutige Arbeiterschaft diesen Vorbereitungen zusehen. Ihre Organisationen, die damals noch in den Kinderjahren steckten, sind heute kraftvolle Miesengebilde. Die Gewerkschaften, die 1878 noch nach den Grundsteinen für den inneren Organisationsbau suchten, mustern heute an 2 Millionen disziplinierte, sturmexprobierte Kämpfer ab und die Sozialdemokratie kann eine Armee von 4 Millionen ins Feld schicken. Der öffentlichen Meinung aber sind durch die Schnapphaispolitik der herrschenden Parteien in den letzten Jahren die Augen so gründlich aufgegangen, daß sie weit eher geneigt ist, mit fliegenden Fahnen in das Lager der „Auführer“ zu ziehen, als die Forderung nach Ausnahmegeetzen zu unterstücken.

Nach ist nicht abzusehen, ob und welche Folgen die gegenwärtige Heke gegen die Arbeiterbewegung nach sich ziehen wird. Der abhängigen Regierung des gottgewollten Stanzlerphilosophen ist schlechterdings alles zuzutrauen und sie wird auch vielleicht vor der grenzenlosen Dummheit einer neuen Ausnahmegeetzgebung nicht zurückschrecken. Die gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiterschaft wird jedenfalls ein solcher Schlag nicht im Schlaf überraschen. Und die Antwort dürfte ein klein wenig anders ausfallen als im Jahre 1878.

Fabrikwohnungen.

Die Zentralkommission zur Beseitigung des Kost- und Logiszwanges hat sich aufgelöst, ihre Funktionen sind auf die neu errichtete sozialpolitische Abteilung der Generalkommission übergegangen. Sie hat aber als letztes Ergebnis ihrer Tätigkeit eine beachtenswerte Arbeit hinterlassen, nämlich die Ergebnisse einer Erhebung über die Fabrikwohnungen, die in einer von Wilhelm Jansson bearbeiteten Broschüre unter dem Titel: „Die Zustände im deutschen Fabrikwohnungsweisen“ im Verlage der Generalkommission erschienen ist.

Es ist ein recht schwieriges Gebiet, welches die Kommission mit ihrer Erhebung betreten hat. Im Wohnungswesen gibt es so manche Dinge, die für die Beurteilung wesentlich sind, sich aber für die statistische Bearbeitung nicht eignen. Aber selbst wenn sich die Statistik nur auf einen Teil der Eigenschaften der untersuchten Wohnungen erstreckt, so kann sie auch in dieser Beschränkung kein vollständiges Bild vom deutschen Fabrikwohnungsweisen bieten, da es bei einer Arbeit wie der vorliegenden nicht möglich ist, in alle in Betracht kommenden Gebiete hineinzuleuchten. Das ist ein Mangel, den diese Statistik mit allen statistischen

Aufnahmen gemein hat, die von privater Seite aufgenommen werden. Bei den von gewerkschaftlicher Seite veranstalteten Statistiken bleiben in der Regel die Gebiete mit den ungünstigsten Verhältnissen unberücksichtigt, in welchen der Einfluß der Gewerkschaften sich noch nicht oder nur in geringem Maße bemerklich gemacht hat. Das dürfte auch für diese Statistik über das Wohnungsweisen zutreffen, und man wird diesen Umstand bei der Würdigung der Ergebnisse berücksichtigen müssen. Immerhin läßt das gebotene Material erkennen, daß die Fabrikwohnungen, die von interessierter Seite so gern als Wohlfahrtsleistung länger ausgegeben werden, diese Bezeichnung in keiner Weise verdienen.

Der Arbeit lagen 3086 bei der Kommission eingegangene Fragebogen zugrunde, von welchen 1552 auf den Verfaben entfallen. Es folgen die Glasindustrie mit 1081, Textilindustrie mit 180, Metallindustrie mit 68, städtische Betriebe mit 82 und Ziegeleien mit 111 Fragebogen. Die übrigen Industriezweige sind mit einer kleineren Zahl vertreten, u. a. sind von Schneidemühlen 10, von Holzbearbeitungsfabriken 3 Fragebogen eingeliefert. Nachdem 20 Fragebogen wegen ungenügender Verantwortung ausgeschieden waren, blieben noch 3066 zur Bearbeitung übrig, von welchen allerdings nicht alle auf jede Frage Antwort gaben. Die 3066 untersuchten Wohnungen verteilen sich auf insgesamt 118 Betriebe, die zusammen 48 802 Arbeiter beschäftigen, von welchen 9280 in Werkwohnungen wohnen. Die untersuchten Wohnungen dienen 16 529 Personen, darunter 7907 Kindern unter 14 Jahren zum Aufenthalt.

Von den untersuchten Wohnungen haben 110 = 3,82 Proz. ein Zimmer, 1262 = 41,81 Proz. zwei, 1450 = 47,81 Proz. drei und 202 = 6,68 Proz. mehr als drei Zimmer. Die Untersuchung der Wohnungen im Hinblick auf ihre Bodenfläche ergab, daß ein sehr erheblicher Teil auch nicht den bescheidensten Ansprüchen genügt. Nach Dr. S. Kurella soll eine Familie von 4 bis 6 Köpfen eine Wohnung von 8 Zimmern, 2 Kammern und Küche von zusammen mindestens 68 Quadratmetern Bodenfläche haben. Diesen Anforderungen genügen hinsichtlich der Zahl der Zimmer nur 202 Wohnungen, hinsichtlich der Bodenfläche aber nur 95 oder 3,13 Proz. der Wohnungen. Wesentlich bescheidener sind die Anforderungen, welche eine städtische Ministerialverordnung an eine Familienwohnung stellt; danach soll eine solche aus einem gut heizbaren Wohnraum und einem Schlafraum bestehen, die zusammen 80 Quadratmeter Bodenfläche haben. Aber selbst diesen bescheidenen Anforderungen genügen nur 2168 oder 71,48 Proz. der untersuchten Wohnungen. Als Mindestmaß der Küche fordert der Bearbeiter der Statistik eine Bodenfläche von 15 Quadratmetern, was im Hinblick darauf, daß die Küche vielfach als Aufenthaltsraum der Familie dient, nicht zu viel ist. Aber nur 500 oder 19,52 Proz. der untersuchten Küchen genügen dieser Anforderung. Für 10 408 Räume wurde die Höhe festgestellt. Von diesen hatten 5862 eine Höhe von 3 Metern und darüber; die übrigen waren niedriger, bis unter 1,90 Meter herab, 28 Räume waren niedriger als 2 Meter.

Auch in den übrigen Eigenschaften bleiben die untersuchten Wohnungen zum Teil weit hinter den Mindestforderungen zurück, die von berufenen Wohnungshygienikern aufgestellt sind. So wird zur ausreichenden Belichtung gefordert, daß die Fensterfläche unter Abrechnung der Fensterkreuze mindestens ein Fünftel der Bodenfläche ausmache; dieser Forderung genügen aber nur 24,7 Proz. der Räume. Bezüglich des Mindestmaßes von Luft Raum gehen die Forderungen der Fachleute ziemlich weit auseinander. Es gibt aber eine große Zahl von Wohnungen, die auch den allerbescheidensten Anforderungen nicht genügen. Von den 2,52 Proz. der untersuchten Wohnungen noch nicht einmal 10 Kubikmeter Luftraum pro Person.

Der durchschnittliche Mietpreis der untersuchten Wohnungen beträgt 107,17 M., und zwar kosten Einzimmerwohnungen durchschnittlich 78,80 M., Zweizimmerwohnungen 104,17 M., Dreizimmerwohnungen 112,58 M. und Mehrzimmerwohnungen 102,13 M. Soweit Vergleiche möglich sind, dürften die Werkwohnungen etwas billiger sein als sonstige Mietwohnungen am gleichen Ort. Der Unterschied ist aber keineswegs bedeutend, und im allgemeinen dürfte das Kapital, welches die Unternehmer in Arbeiterwohnungen anlegen, ihnen immerhin noch eine angemessene Rente bringen. Dabei haben sich die Unternehmer gegen Mißausfälle dadurch gesichert, daß in den meisten Fällen die Miete am Lohn tag vom Lohn abgezogen wird. Der geringere Mietpreis dürfte in vielen Fällen auch ausgeglichen werden durch die Abwälzung der Kosten der Instandhaltung der Wohnung. Die Statistik ergibt, daß nur in 56,33 Proz. der Fälle der Vermieter die Kosten der Reparaturen trägt. 15,60 Proz. der Wohnungen müssen ganz auf Kosten des Mieters Instand gehalten werden, während in dem Rest von 28,07 Proz. der Wohnungen die anfallenden Kosten von beiden Seiten gemeinsam getragen werden.

Aber auch auf sonstigen Gebieten stehen dem bescheidenen Vorteil, welchen die Werkwohnung bietet, Nachteile gegenüber, die besonders von solchen Arbeitern peinlich empfunden werden, die auf die Wahrung ihrer Menschenwürde bedacht sind. Der Unternehmer, der Arbeiterhäuser errichtet und sich dafür als Wohltäter feiern läßt, erhebt dafür den Anspruch, daß der Arbeiter, der die Werkwohnung bewohnt und dafür einen anständigen Mietzins zahlt, auf alle die Rechte verzichtet, die sonst dem Mieter einer Wohnung ohne weiteres zustehen. In 2777,

das sind 92,97 Proz. der Fälle, dürfen die Mieter der Arbeiterwohnungen nur solche Personen in Akkommodieren nehmen, die auf dem Wert beschäftigt sind. Diese Bestimmung wird vielfach so rigoros angewendet, daß selbst erwachsene Kinder von ihren Eltern aus der Wohnung gemietet werden müssen, wenn sie nicht im gleichen Betrieb arbeiten. Noch schlimmer ist die Bestimmung, daß der Wohnungsinhaber bei Lösung des Arbeitsverhältnisses die Wohnung räumen muß, die sich in 2000 der ermittelten Verträge findet. Diese Bestimmung macht die „Wohlfahrtsbescheinigung“ geradezu zu einem Fluch für die mit ihr versehenen Arbeiter. Er muß sich alle Schikanen, allen Verdrüßlichkeiten des Unternehmers, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, fügen, da er im Weigerungsfalle nicht nur die Arbeitsstelle verliert, sondern gleichzeitig auch obdachlos wird.

Die vorliegende Statistik ist bei weitem nicht umfassend, aber man darf annehmen, daß in den Werkwohnungen, die durch diese Erhebung nicht erfaßt sind, die Verhältnisse nicht besser, sondern im Gegenteil noch schlechter sind. Aber selbst das, was diese Arbeit enthüllt, reicht aus, um über diese Sorte Wohlfahrtspflege den Stab zu brechen. Daß die Fabrikwohnungen in sehr vielen Fällen den bescheidensten hygienischen Anforderungen nicht entsprechen, wollen wir dabei noch nicht als den schlimmsten Mangel ansehen; das gleiche trifft ja leider auch für sehr viele Wohnungen zu, bei deren Mietung die Arbeiter unabhängig vom Unternehmer sind. An Einrichtungen, die den Anspruch erheben, als Gegenstände der Wohlfahrtspflege gewöhnlich zu werden, ist man allerdings berechtigt, einen höheren Maßstab zu legen. Es kommt aber den Unternehmern, die Arbeiterwohnungen errichten, gar nicht darauf an, den Arbeitern einen Vorteil zu gewähren, sondern die gerade entgegengesetzte Absicht ist für sie maßgebend. Die Arbeiter sollen an das Werk gefesselt werden, die Fabrik schafft sich damit einen Stamm williger Ausbeutungsobjekte. Mietverluste sind durch den Modus, daß die Miete vom Lohn abgezogen wird, so gut wie ausgeschlossen. Der Umstand, daß die Miete in manchen Fällen niedriger ist als der ortsübliche Mietpreis, wird wieder wettgemacht dadurch, daß die Kosten der Instandhaltung der Wohnung, die sonst den Vermieter treffen, auf den Mieter überwältigt werden. Diesem werden dafür eine Reihe entwürdigender Bestimmungen aufgebürdet, so insbesondere die über die Akkommodierung. Nicht nur, daß die Arbeiter in Werkwohnungen unter Umständen gezwungen sind, ihre Familienangehörigen auszuquartieren, gibt es Vorschriften, die sie sogar gegen ihren Willen verpflichten, fremde Werkarbeiter als Akkommodier aufzunehmen. Und dazu schließlich die Verkopplung des Arbeits- mit dem Mietvertrag.

Nein, die Werkwohnungen sind alles andere als Wohlfahrtsbescheinigungen, und im Interesse der Arbeiterschaft würde es liegen, wenn damit gründlich aufgeräumt wird. Das Bedürfnis, für das Wohnungswesen der Arbeiterschaft in großzügiger Weise zu sorgen, ist gewiß vorhanden. Das ist aber eine Aufgabe, der sich Staat und Gemeinde unterziehen müssen, und wobei die Fabrikanten, zum mindesten soweit, als es sich um die Befreiung der Mietbedingungen handelt, vollständig auszuschalten sind.

Soziales.

Aus dem Reichstag.

Der Reichstag hat am 14. Dezember die bis zum 10. Januar dauernden Weihnachtsferien angetreten, nachdem er zuvor in einer fünfjährigen Debatte die erste Lesung des Etats erledigt hat. Der Reichstag ist die vom Reichstag zu genehmigende Uebersicht über die voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben des Reiches in dem nächsten Geschäftsjahr, welches am 1. April beginnt. Wer jedoch daraus schließen wollte, daß in der Etatsdebatte die Zahlen des Etats eine große Rolle spielen, befindet sich in einem Irrtum. In den Zahlenreihen, die den Reichstagen vorgelegt werden, spiegelt sich die gesamte Politik der Regierung wider. Aus ihnen ist zu erkennen, auf welchem Wege die Regierung die notwendigen Gelder aufzubringen gedenkt und für welche Zwecke sie dieselben zu verwenden beabsichtigt. Je nach der politischen Stellung der Regierung wird der Etat ein sehr verschiedenes Bild geben. Daraus folgt, daß bei der Generaldebatte über den Etat die ganze Politik der Regierung zur Diskussion steht und daß in ihrem Verlauf von den Zahlen im freizügigen Maße wenig die Rede ist.

Die Reichsversammlung kennt nur einen verantwortlichen Beamten, den Reichskanzler; die Staatssekretäre, die den einzelnen Ressorts vorstehen, bilden nicht wie in anderen Ländern ein Ministerium, sondern sie sind Untergebene des Reichskanzlers. Aus dieser Stellung des Reichskanzlers ergibt es sich, daß er verpflichtet ist, bei der Einbringung und Beratung des Etats im Reichstag anwesend zu sein. Die ganze Debatte dreht sich ja um ihn und seine Politik. Als aber am 9. Dezember die erste Lesung des Etats auf der Tagesordnung stand, da war der Platz des Reichskanzlers leer. Bethmann Hollweg hatte dringendere Pflichten. Der Kaiser hatte irgendwo im Reich eine Konferenz veranstaltet und wünschte die Teilnahme des Reichskanzlers an dem Vergnügen. Bei der Wahl zwischen dem Reichstag und der kaiserlichen Veranstaltung fiel Bethmann Hollweg die Entscheidung nicht schwer.

Die Debatte über den Etat wurde durch den Reichskanzler durch den Reichstag eröffnet, der im Gegensatz zu den übrigen Rednern seinen Vortrag sehr reichlich mit Zahlen speiste. Er wählte sie aber so geschickt zu gruppieren, und er beherrschte das riesige Zahlenmaterial mit einer Wir-

tuosität, daß seine Rede formell recht vorzüglich von dem Ausstreifen seines Amtsvorgängers abfiel. Nachdem der Kriegsminister v. Feerlingen in einer kurzen Rede die unvermeidliche Militärvorlage begründet hatte, wurde der Reigen der Parteivertreter durch den Abgeordneten Sped von Centrum eröffnet, der von vornherein erklärte, daß er von der Erörterung der wichtigen politischen Fragen absehen wolle. Der gleichen Meinung war auch der konservative Redner v. Nitzhofen. Der schwarz-blaue Block hat kein Interesse an großen politischen Auseinandersetzungen, die nur den Erfolg haben, daß seine Sünden dem Volke denunziert werden. Welche Wirkung das hat, zeigte die ebenfalls am 9. Dezember getätigte Stichwahl in Labiau-Wehlau, einem ostpreussischen Wahlkreis, der bisher als eine sichere Domäne der Konservativen galt. Trotz des unerhörten Wahlerzorns, der dort von den Junkern und ihrem Anhang verübt worden war, wurde der Wahlkreis von den Freisinnigen mit sozialdemokratischer Hilfe den Konservativen entzogen. Ein empfindlicher Verlust für die Schnapsjunker, um so empfindlicher, als er ihnen zeigt, wie schlecht ihre Aussichten für die nächsten Wahlen sind.

Solche Mißstände wie die Schwarz-Blauen braucht die Sozialdemokratie nicht zu nehmen. Deren Staatsredner Scheidemann entrollte in einer großzügigen Rede das Sündenregister der Regierung und der Mehrheit, auf welche sie sich stützt. Scheidemann machte kein Hehl daraus, daß er eine Rede zum Fenster hinaushalten wolle, und er darf sich versichert halten, daß man seine Worte im Volke verstehen wird.

Der zweite Tag der Etatsdebatte brachte endlich die erwartete Kanzlerrede. Selbstverständlich steht Bethmann Hollweg fest auf dem Boden der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik, mittels welcher die Massen ausgeplündert werden zum Nutzen der Krant- und Schlotjunker. Diese Wirtschaftspolitik hält er für so fest verankert, daß seiner Meinung nach auch der Ausfall der nächsten Wahlen nichts daran ändern kann. Der wichtigste Teil der Rede des Reichskanzlers war seine Auseinandersetzung mit dem blau-schwarzen Block. Er lehnt es ab, sich vom Junker Gehör zu verschreiben zu lassen, daß er Gesetze gegen die Sozialdemokratie machen soll. So etwas tut er aus eigenem Antriebe so, daß die Junker ihre Freude an ihm haben sollen. Ausnahme Gesetze will er nicht schaffen, den mit solchen verfolgten Zweck meint er besser erreichen zu können, wenn in das gemeine Recht Ausnahmebestimmungen gegen die Sozialdemokratie aufgenommen werden.

Dann kam der Reichskanzler auf den schwebenden Prozeß wegen der Moabiter Polizeikrawalle zu sprechen. Walt es bisher als ungeschriebenes, aber selbstverständliches Recht, daß die Regierung in ein schwebendes Gerichtsverfahren nicht eingreifen darf, um die Unabhängigkeit der Richter zu wahren, so setzte sich Bethmann Hollweg in seinem fanatischen Haß gegen die Sozialdemokratie kühn über diese Schranke hinweg. Gottesfürchtig und dreist stellte er die nie beweisbare Behauptung auf, daß die Sozialdemokratie die moralische Mitschuld an den Moabiter Exzessen trage. Während die langen Verhandlungen vor der Strafkammer Tag für Tag neue Schandthaten der Polizei enthüllten, hatte der oberste Beamte des Reiches die Stirn, auszusprechen, daß die Polizei in Moabit nur ihre Pflicht getan habe.

Die bürgerlichen Redner, die nach dem Reichskanzler zum Wort kamen, hatten gegen die Geflogenheit des Reichskanzlers, in den schwebenden Prozeß einzugreifen und den Richtern ein Urteil in den Mund zu legen, welches in striktem Widerspruch zu der Beweisaufnahme steht, nichts einzuwenden. Dem sozialdemokratischen Redner Dr. David, der am 13. Dezember zum Wort kam, blieb es vorbehalten, in einer großen, dreistündigen Rede mit Herrn v. Bethmann Hollweg abzurechnen. Dieser war zunächst nicht im Saale, er wurde später, als David Hieb auf Hieb herabfallen ließ, herbeigeholt. Unmittelbar, nachdem der sozialdemokratische Redner geendet hatte, erhob sich der Reichskanzler. Wenn man aber erwartet hatte, daß er auf die Rede Davids antworten würde, der alle die Materien behandelt hatte, die in der vorausgegangenen Debatte berührt worden waren, so sah man sich enttäuscht. Bethmann Hollweg verfolgte ein anderes Ziel. In seiner ersten Rede hatte er der Polizei hohes Lob gespendet, derselben Polizei, deren Brutalität in dem Moabiter Prozeß täglich in abfärsenderem Maße erscheint und der nachgewiesen ist, daß ihre in Zivilkleidern gesteckten Beamte vielfach die Skandale hervorgerufen haben, die dann ihren uniformierten Kollegen den erwünschten Vorwand zum Einhandeln in die Menge gaben. Anscheinend war der Reichskanzler von dem Ehrgeiz erfüllt, zu zeigen, daß auch er in der Kunst zu provozieren nicht unerfahren ist. Die Krawalle in Moabit und an anderen Stellen sind bekanntlich zu dem Zweck veranlaßt worden, beim Bürgertum einen Abscheu gegen die Arbeiterbewegung zu erregen und die Chancen der Regierungsparteien bei den nächsten Wahlen zu verbessern; ein Zweck allerdings, der durch die Prozeßverhandlungen ganz gründlich vereitelt wird. Dem gleichen Zweck muß es dienen, wenn die Sozialdemokraten im Reichstag veranlaßt werden, Sturmstößen hervorzurufen.

Bethmann Hollweg hat die dankbare Aufgabe übernommen, solche zu provozieren. Nach Davids Rede sah er nur eine kurze Erklärung ab, in welcher er sich in der Hauptsache darauf beschränkte, die Behauptung zu wiederholen, daß die Sozialdemokratie die moralische Mitschuld an den Exzessen in Moabit trage. Und nun kam, was

kommen mußte. Die Sozialdemokraten hätten sich selbst in den Andern haben müssen, wenn sie die ausgesuchte Verleumdung ruhig hingenommen hätten. Es kam zu Szenen, wie sie der Reichstag schon lange nicht mehr gesehen hat. Ganz zutreffend hat sie der Genosse Frank später in Parallele gestellt zu einem Vorgang im Jahre 1871. Damals hatte Bismarck es versucht, den Attentäter Kullmann dem Centrum an die Nachschöbe zu hängen, ein Versuch, gegen welchen das Centrum mit der gleichen Energie protestierte wie die Sozialdemokraten jetzt gegen den Versuch Bethmann Hollwegs, sie für die Polizeikrawalle in Moabit verantwortlich zu machen. Das Centrum hat jene Zeit freilich längst vergessen, es fühlt sich als Regierungspartei und beteiligt sich eifrig an dem Chor jener Schreier, die sich darüber entrüsten, daß die Sozialdemokraten die Verleumdungen des Reichskanzlers nicht ruhig hinnehmen. —

Nun sind die Pforten des Reichstages wieder für kurze Zeit geschlossen. Die gereizte Stimmung bei der Etatsdebatte läßt erwarten, daß es zu neuen heftigen Kämpfen kommen wird, wenn die Beratungen nach Neujahr wieder eröffnet werden. Die Reichstagsmehrheit, die nur eine Minderheit des Volkes vertritt, will die Galgenfrist, die ihr vor den allgemeinen Wahlen noch gestellt ist, gründlich ausnützen, um die Gesetzgebung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Aber je reaktionärer sie sich jetzt gebärdet, um so vernichtender wird die Niederlage sein, der sie entgegengeht.

Ein deutscher Seimarbeitertag wird am 12. Januar 1911 in Berlin stattfinden in der Neuen Wilhelmshöhe, Köpenicker Straße 96/97. Die Seimarbeiter und ihre Freunde wollen bei dieser Tagung in letzter Stunde, ehe im Reichstag über das Hausarbeitsgesetz Beschluß gefaßt wird, in einer eindrucksvollen Kundgebung noch einmal die Forderungen erneuern, die durch das Hausarbeitsgesetz erfüllt werden müssen, wenn den schweren Mißständen der Seimarbeiter gesteuert werden soll. Zu dieser Kundgebung werden sich Seimarbeiter aus allen Berufen und aus allen Teilen Deutschlands und Freunde der Seimarbeiter aus den bürgerlichen Ständen vereinen, bei Vermeidung aller politischen Tendenzen und ohne Unterschied der gewerkschaftlichen Richtungen.

Die Tagung wird vorbereitet durch einen Aktionsausschuß, an dessen Spitze Professor Dr. Ernst Brandt-Werlin steht und dem ferner angehören Fräulein Margarete Lehm und die Herren Ingenieur Bernhard Wiesberts (M. d. N.), Goldschmidt, Krüger, Sassenbach, Robert Schmidt (M. d. N.). Das Hauptreferat hat Professor Dr. Robert Hilbrandt-Füßingen übernommen. Die Geschäftsstelle ist das Bureau für Sozialpolitik: Berlin, Kollenderstr. 20/30.

Das preussische Landwirtschaftsministerium agitiert für den Schnapsgenuß. In einem kurheftischen Provinzialblatt, an dessen Erscheinungsort sich ein Lehrerseminar befindet, war dieser Tage die folgende, gewiß aus Lehrerkreisen stammende Mitteilung zu lesen, die zweifellos geeignet ist, das größte Aufsehen zu erregen:

„Seit Jahren wurden die Volksschullehrer angehalten, in der Schule bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf die Schädlichkeit des Branntweingenußes hinzuweisen, und wohl jedes Lehrbuch für Volksschulen enthält ein Stück, in dem entschieden vor dem Branntweingenuß gewarnt wird. Nachdem seit kurzem nun vielerorts auf dem Lande Fortbildungsschulen errichtet sind, ist den Leitern dieser Schulen vom Landwirtschaftlichen Ministerium in Berlin das erste Heft einer Monatschrift für das ländliche Fortbildungswesen in Preußen zugesandt, in dem sich eine Abhandlung über die industrielle Verwendung der Karloffel findet. In diesem Aufsatze wird ausgeführt, daß ein großer Teil der Karloffeln zur Herstellung von Trinkbranntwein benutzt wird, daß der Karloffelsprit unbedenklich zu den feinsten Likören verwendet werden könne. Dann heißt es wörtlich weiter: „Mit Marken genossen, ist der Branntwein überhaupt nicht nur ein durchaus unschädliches, sondern ein entschieden bekömmliches Genußmittel.“

Das preussische Landwirtschaftsministerium steht in besonderem Maße unter der Vormachtigkeit der Junker, daß aber diese Untertänigkeit soweit geht, daß diese Staatsbehörde geradezu Neuland für den Schnapsgenuß macht, hätte man doch nicht für möglich halten sollen. Wenn man auch in den preussischen Regierungskreisen immer ein wenig rückständig ist, so hätte die Kunde davon, daß Schnaps ein gefährliches Gift ist, auch schon dorthin gelangen können. Aber die Schnapsjunker spüren die Wirkung des Schnapsbottens und um ihr zu begegnen, macht man auf diese Weise Propaganda für den preussischen Fusel. Demgegenüber müssen wir den Schnapsbottel um so dringender empfehlen und um so lauter müssen wir mahnen: Arbeiter, trinkt keinen Schnaps!

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in diesen Zahlstellen ab 1. Januar 1911 beträgt in Cunnersdorf 76 Pf., Eiferwerda 65 Pf., Johannsgeorgenstadt 66 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 52. Wochenbeitrag für das Jahr 1910 fällig geworden.

Auf zahlreiche Anfragen geben wir auch an dieser Stelle bekannt, daß nur 52 Wochenbeiträge von den Mitgliedern zu erheben sind. Der Verbandstag in München hat den Antrag 197, welcher wollte, daß in den Jahren mit 53 Wochen auch der 53. Beitrag erhoben werden sollte, auf Antrag der Kommission abgelehnt.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 9996 Johann Feiert, Tischler, geb. 7. 1. 60 zu Dolzig.
28035 G. Ellmanger, Drechsler, geb. 1. 1. 76 zu Zell.
65063 Rudolf Miner, Tischler, geb. 31. 10. 76 zu Bromberg.
204502 Artur Wasche, Tischler, geb. 12. 8. 86 zu Ossig.
385697 Karl Koch, Tischler, geb. 9. 12. 91 zu Steglitz.
890378 Josef Perlschle, Tischler, geb. 22. 7. 87 zu Neustadt (O.-Schl.).
428573 Bernhard Arayert, Säger, geb. 16. 2. 86 zu Jungfernhau.
480736 Jakob Ochse, Tischler, geb. 18. 5. 80 zu Memmingen.
600719 Gustav Jannemann, Tischler, geb. 1. 10. 71 zu Sütdorf.
602863 Wilhelm Kruschel, Tischler, geb. 10. 4. 64 zu Brunsfeld.
512218 Theodor Liesegang, Drechsler, geb. 28. 11. 86 zu Brüden.
516970 Erich Kauslial, Tischler, geb. 6. 9. 92 zu Kirchhain.
517078 Ernst Fischer, Tischler, geb. 18. 4. 92 zu Hamburg.
517426 Ernst Gilken, Stellmacher, geb. 9. 7. 86 zu Grabau.
517753 Karl Wollke, Tischler, geb. 17. 3. 79 zu Wielitz.

Verlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Der Vorstandsvorstand.

Korrespondenzen.

Freilassung. Am 11. Dezember fand eine gutbesuchte Mitgliederversammlung statt, in welcher Kollege Wenniger aus München über: Arbeitgeberschutzverband und die Zukunft unserer Lohnbewegung sprach.

Freitag. Am Sonntag, 11. Dezember, fand unsere sehr gut besuchte Monatsversammlung statt, in welcher Gauvorstandender Math über: Die Organisation als Grundlage des kulturellen Fortschritts referierte.

Kaufbeuren. Am 4. Dezember fand eine öffentliche Solgarbeiterversammlung statt, in der Kollege Link aus Memmingen über: Ziele, Aufgaben und Erfolge des Deutschen Solgarbeiterverbandes referierte.

Meß. Vom äußersten Westen des lieben Vaterlandes hört man selten etwas und ist es dennoch einmal der Fall, so ist es nichts Erfreuliches.

Muß Früchte tragen. Besuch deshalb regelmäßig die Versammlung und agitiere ein jeder, was in seiner Kraft steht, damit wir wieder in die Lage kommen, uns einen Tarif, welcher den Wünschen der Kollegen entspricht, zu erkämpfen.

Muß Früchte tragen. Besuch deshalb regelmäßig die Versammlung und agitiere ein jeder, was in seiner Kraft steht, damit wir wieder in die Lage kommen, uns einen Tarif, welcher den Wünschen der Kollegen entspricht, zu erkämpfen.

Wühlhausen i. Th. Wie der mit dem Arbeitgeberschutzverband abgeschlossene Vertrag von seinen Mitgliedern gehalten wird, beweist uns der grobe Vertragsbruch, welcher sich nun schon zum zweitenmal bei der Firma Weigelt u. Seifert abspielt.

Schnaps ist ein Gift, das Geist und Körper ruiniert

Schnaps kräftigt nicht, sondern führt zu vorzeitiger Erschlaffung

Schnapsgeuß schädigt den Arbeiter, füllt aber seinen ärgsten Feinden, den ostelbischen Schnapsjunkern, die Taschen

Arbeiter, meidet den Schnaps!

Offenbach a. M. (Modellschreiner.) Seit dem Anziehen der Konjunktur im Frühjahr 1909 waren die hiesigen Modellschreiner eifrig an der Arbeit, die durch die Krise verloren gegangenen Vorteile wieder zu erobern und weiter auszubehnen.

Zustände müssen unter allen Umständen verschwinden, wenn ihr nicht haben wollt, daß Zustände, wie sie hier vor 6 und 8 Jahren vorzeichneten waren, wieder eintreten sollen.

Medlinghausen. Ein sonderbares Benehmen trägt die hiesige Firma Gerz zur Schau. In einer Woche wurden dort 10 Kollegen entlassen. Wenige Tage später gelangten aber fast ebensoviel andere Arbeitskräfte zur Einstellung.

Verden. In der hiesigen Zahlstelle bestehen noch arge Mißstände, namentlich in der Webfabrik des Herrn Wöhler. Schon seit längerer Zeit ist diesem Herrn die Organisation ein Dorn im Auge.

Unsere Lohnbewegung.

In Bischofsverda in Sachsen haben die Kollegen in der Weichmöhlfabrik A. Meher auf dem Verhandlungswege einen schönen Erfolg erzielt. Es erreichten zirka 50 Kollegen 2 Stunden Verfürzung der Arbeitszeit und zirka 15 Proz. Erhöhung der Akkordpreise und 6 Pf. Lohn-erhöhung.

In Braunschweig dauert der Streit in der Klavierfabrik von Zeiter u. Winkelmann mit unerminderter Schärfe an. Auf wiederholte, seitens der Firma an die Kollegen gerichtete Schreiben unternahm diese am 13., 14. und 15. Dezember nochmals den Versuch, mit ihr über die gestellten Forderungen zu unterhandeln.

zu teilen und zu regulieren, so daß alsdann kein Arbeiter mehr weiß, woran er ist. Es ist nur gut, daß die Firma sogar bei den Unterhandlungen sich so wenig fähig zeigt, diese Absicht zu verfehlern. Die Klagen über die verwerflichen Interessen am Stande des Geschäftes machen nämlich nicht; viel gravierender ist dagegen schon allein die Tatsache, daß der Kommission der einen Branche erklärt wurde, ein Kollege aus einer anderen Kommission würde überhaupt nicht wieder eingestellt, weil er ihrer Ehre zu nahe getreten sei, und einem anderen Kollegen würden sie das selbe Vergehen nochmals vergeben, weil dessen Behauptungen intern geblieben wären. Dabei haben diese Kollegen weiter nichts als ihre Pflicht als Kommissionsmitglieder getan und haben dabei in keiner Weise die Grenzen des Anstands überschritten, wie beispielsweise die Firma selber, die sich nicht entblödete, mit der Verabfolgung der „Lüge“ zu operieren. Aber des Pudels Kern steckt darin, daß die Kollegen die berühmten veröffentlichten Verdienste der Arbeiter in Zweifel zogen und ihre Zweifel mit zweifelsfreiem Beweismaterial zu belegen imstande waren. Das muß gewaschen werden, denn mit dieser einzigen Waffe sucht die Firma ihre Position im letzten Streit zu behaupten. Sie ist sich bewußt, daß, wenn ihr auch die noch in den Augen des bürgerlichen Publikums kaputt geht, damit das Ende ihrer autokratischen Willkürherrschaft im Betriebe befestigt ist. Dabei brauchte es des Beweises von unserer Seite eigentlich dazu gar nicht, denn die Streikbrecher pfleifen es ja durch alle Zaunlaten, daß sie, soweit sie arbeiten können, solche Verdienste bei den Affordpreisen niemals zu verdienen imstande sind. Sie haben es deswegen auch alle ebenso eilig mit dem Fortkommen wie mit dem Herkommen. Und von den 20 Streikbrechern, die nicht arbeiten können? Nun, in Rastatt ist ja vorersthalber mit diesen Bengeln aus der Kinderstube der Frau Auguste Müller in Wandsbek gleich konträktiv ausgemacht, daß bei Beendigung des Streiks ihren „Taten“ ohne weiteres ein Ziel gesetzt ist. Das ist bestimmt schon der Herzenswunsch der Firma Leiter u. Winkelmann gemorden, ohne es auszusprechen zu wollen: Wenn nur erst soweit wäre. Der Zugang von Klavierarbeitern aller Branchen ist auch weiter von Braunschweig strengstens fernzuhalten.

In Leipzig sind in der Firma Ernst Gehlhar u. Co., Fabrik für Orgelteile, die Mehrzahl der Tischler, Orgelbauer und Maschinenarbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation entlassen worden. Die noch im Betriebe verbleibenden 5 Arbeiter haben sich unterchristlich verpflichtet, aus der Organisation auszutreten. Gehlhar ist durch sein Vorgehen verträglich geworden, denn er hat im August d. J. mit unserer Organisation einen Vertrag abgeschlossen, welcher bis zum 15. Februar 1913 Gültigkeit hat. Der Betrieb ist erst vor Jahresfrist von Weichersode am Harz nach Leipzig verlegt worden und wurden auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen entsprechend den örtlichen Verhältnissen geregelt. Der Unternehmer beabsichtigt, unorganisierte Arbeiter anzuwerben und Einzelverträge mit den Arbeitern abzuschließen. Wir warnen die Kollegen, auf diese Offerten einzugehen und ersuchen, den Zugang nach diesem Betrieb fernzuhalten.

In Mühlhausen i. Gf. brachte die letzte Woche für die Streitenden und Ausgesperrten wenig Neues. Das Geheul der bürgerlichen Presse über die in der vorigen Woche bezichtigten Vorgänge ist nun verstummt, nur ab und zu zerkert noch ein literales Winkelblättchen über die Unverschämtheit der Streitenden und versucht, Polizei und Publikum gegen die bösen Holzarbeiter scharfzumachen. Unsere Kollegen sind aber trotz alledem auf dem Posten und bemüht, unserer Sache zum Sieg zu verhelfen. Zugang ist nach wie vor fernzuhalten.

In Nabeberg in Sachsen ist der Streit in der Weißmühlfabrik Koch u. Kiffig nach 16wöchiger Dauer nun ebenfalls mit vollem Erfolge beendet worden. Die Arbeitszeit wird von 6 1/2 auf 5 1/2 Stunden verkürzt, die Löhne werden um 5 Pf. erhöht und die Affordpreise um circa 13 Proz. Eingestellt werden sämtliche Streitenden. Der Ausgang dieses langen Streiks ist eine Mahnung für alle Nabeberger Kollegen, ihre Organisation nun geschlossen auszubauen.

In Naßau dauert der Streit in der Waggonfabrik unverändert fort. Die Direktion bemüht sich eifrig, Streikbrecher heranzuschaffen. Der Erfolg ist jedoch nicht allzu groß. Die meisten Zurückbleibenden verlassen den Ort wieder, sobald sie über die Verhältnisse unterrichtet sind. Nur die 15 Mann, die direkt aus der bestrittenen Desmenhorster Fabrik kamen, waren vollständig unzugänglich. Nach den Erfahrungen, welche die Desmenhorster Waggonfabrik mit deren Arbeitsleistung machen mußte, kann man unserer Direktion schon diese „besseren Arbeiter“ gönnen. Jetzt versucht diese es nun, Leute durch Schiffsangebote nach hier zu locken. Einem Kollegen, der sich auf Grund eines Interesses in der „Frankfurter Zeitung“ meldete, ging die Mitteilung zu, daß er bei zehntündiger Arbeitszeit und 36-40 Pf. Stundenlohn sofort anfangen könne. Um ihm den Eintritt recht schmackhaft zu machen, war eine gedruckte Tabelle angehängt, die den Löhnen beigefügt und eine — Fabrikordnung. Letztere ist allerdings nicht gerade verlockend, diemehl zwar recht viel von Pflichten und hohen Strafen, aber so gar nichts von den Rechten der Arbeiter darin steht. Ein Nachtrag schließt sogar noch die Vergünstigungen des § 616 B. G. B. aus. Der also Unvorsorgliche ist natürlich durchaus nicht geneigt, sich als Arbeitswilliger gebrauchen zu lassen. Die Direktion wird schon noch einsehen müssen, daß es notwendig ist, die geforderten 2 Pf. Lohnershöhung den eingearbeiteten Leuten zu bewilligen und den Zeitverhältnissen durch die Einführung der 9stündigen Arbeitszeit Rechnung zu tragen. Mit Löhnen von 36-40 Pf. wird sie nicht viele „lüchtige Schreiner“ hierher locken können.

In Schmölla haben sämtliche Arbeiter der Piano-Fabrik Fabrik Söb u. Sohn mit Ausnahme dreier Indifferenter ihre Kündigung eingereicht. Die Firma hatte bekanntlich als Antwort auf die Vertragswünsche der Arbeiter sechs Kollegen gekündigt und hat sich trotz wiederholten Vorstellungsverweigerungen nicht bereit erklärt, ihre Maßnahmen zurückzunehmen. Die Kollegen werden ihren Mann stehen und bitten um Fernhaltung des Zuganges.

Ausland.

In Wien haben die Würsten- und Pinselmacher am 1. Dezember ihren im Jahre 1908 abgeschlossenen Vertrag gekündigt. Der Vertrag war damals nach einer Aussperrung, welche 11 Wochen dauerte, zustande gekommen. Die Unternehmer wußten schon seit einigen Wochen zu einem neuen Kampfe. Zu diesem Zwecke haben sie sich dem Arbeitgeber-Hauptverbande angeschlossen, jenem Verbands, welcher im vorigen Jahre die Aussperrung der Tischler in Wien leitete und die finanziellen Mittel zur Unterstützung besorgte. Es werden daher die Kollegen heute schon darauf aufmerksam gemacht und ersucht, den Zugang nach Wien bis auf weiteres fernzuhalten. Die Verhältnisse, unter welchen die Würsten- und Pinselmacher heute noch arbeiten müssen, sind sehr miserable und bedürfen dringend einer Verbesserung.

Aus der Holzindustrie.

Teile und Herrsche!

In dem Kampf, den die Arbeiterschaft zur Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage führen muß, ist die Einigkeit dringend erforderlich. Unorganisierte Arbeiter sind von vornherein zur Machtlosigkeit verurteilt. Sind die für eine Bewegung in Betracht kommenden Arbeiter zwar organisiert, aber in verschiedenen Organisationen, dann wird dadurch nicht selten die erfolgreiche Durchführung der Lohnbewegung erschwert, wo nicht gar unmöglich gemacht. Den Wert der Einigkeit haben die Unternehmer viel früher erkannt als die Arbeiter, deshalb haben sie in ihren eigenen Organisationen alle trennenden Momente sorgfältig ausgegliedert. Tatsächlich sitzen in den Scharfmacherverbänden Angehörige der verschiedensten politischen Parteien und aller religiösen Glaubensbekenntnisse einträchtig beisammen. Der politisch freisinnige Scharfmacher drückt seinem konservativen Kollegen als lieber Freund die Hand, und keinem Priester oder Bischof fällt es ein, Besorgnisse um das Seelenheil des katholischen Unternehmers zu äußern, der in der Unternehmerorganisation neben Andersgläubigen oder gar Ungläubigen sitzt.

Andererseits die Arbeiter, die mitunter geradezu Gegenstücke erfinden, um einen Vorwand für die Zerspaltung zu haben. Diese Gegenstücke werden von den Unternehmern in deren eigenem Interesse sorgsam gehegt und gepflegt, und sie bemühen sich, zu den vorhandenen Organisationsrichtungen noch neue zu schaffen, um die Zerspaltung der Arbeiter nach Möglichkeit zu fördern. In neuerer Zeit sieht man in jenem Lager große Hoffnungen auf die Gelben, die zwar keine Gewerkschaften sind, aber doch ein Mittel, die Arbeiterschaft weiter zu zersplittern. Bisher haben sich die Gelben darauf beschränkt, ihren Anhang in der Hauptsache in den Maschinenbetrieben der Metallindustrie zu suchen. Bei dem Terrorismus, der in dieser Richtung ausgeübt wurde, haben diese Unternehmerjünger auch manchen Betrieb besetzt. Neuerdings scheint man sich Mühe geben zu wollen, dieser Sumpfpflanze auch in anderen Betrieben Eingang zu verschaffen. In der Nr. 11 der „Musik-Instrumenten-Zeitung“ veröffentlicht der Allermwelts-Generalsekretär A. Rasse einen Artikel, dessen Zweck es ist, bei den Unternehmern der Musikinstrumentenindustrie Stimmung für die Gelben zu machen.

In dem Artikel wird auseinandergesetzt, daß es zwei Sorten Gelbe gibt, nämlich die Vaterländischen Arbeitervereine und die eigentlichen Gelben. Die ersteren, die in Politik machen, könnten als konservativ bezeichnet werden, während die eigentlichen Gelben, die keine Politik treiben, mehr zu national-liberalen Ansichten neigen. Die beiden Richtungen sind sich nicht recht freundlich gesinnt, aber Herr Rasse empfiehlt den Unternehmern, die Gegenstücke zu überbrücken, weil die Bestrebungen beider Richtungen dem Unternehmertum sympathisch sind und dessen Unterstützung verdienen. Das ist in der Tat der Fall. Den Gelben wird nachgesagt, daß auch sie bestrebt seien, die Lohn- und Arbeitsbedingungen den Zeitverhältnissen entsprechend zu verbessern, aber als gute Menschen nehmen sie Rücksicht auf die Kontinuitätsfähigkeit des Unternehmers. Wie weit diese Rücksichtnahme geht, wird an einem Beispiel gezeigt. In einem Werk in Berlin wurde in diesem Jahre unter Zustimmung der gelben Arbeiter ohne jede Schwierigkeit eine Lohnreduktion durchgeführt, um mit den gleichen Werken Schritt halten zu können.

Solche Leute können die Unternehmer natürlich brauchen, und Herr Rasse empfiehlt den Arbeitgebern, die gelbe Bewegung im eigenen Interesse zu unterstützen. „Die Arbeitgeber sichern sich durch einen gelben Gewerbeverein einen Stamm von Arbeitern, der ihnen nicht bei jeder Gelegenheit den Stuhl vor die Tür setzt.“ Den Unternehmern, die zu den Gelben noch kein richtiges Vertrauen haben und ihnen skeptisch gegenüberstehen, wird die Frage vorgelegt, was sie wohl tun, wenn ihre Arbeiter Forderungen stellen. Es wird ihnen auseinandergesetzt, daß sie entweder bewilligen oder es zum Streit kommen lassen, wobei sie Streikbrecher suchen müssen. Haben sie in diesem Fall bereits einen Stamm Gelber im Betriebe, dann fällt es um so leichter, Erfolge zu finden. Die Streikbrecher müssen aber gelb organisiert sein, dadurch wächst ihre Macht gegenüber den ehrlichen Arbeitern. Diese werden, um die Ausdehnung der Gelben zu verhindern, um so vorsichtiger sein, wodurch mancher Streik vermieden wird. Um solchen Vorteils teilhaftig zu werden, müssen die Unternehmer nicht knäuerig sein, sondern für die Förderung der Gelben auch pekuniäre Opfer bringen. „Wir sollten alles aufwenden“, meint Herr Rasse, „um uns von der Macht der sozialdemokratischen Gewerkschaften, deren Druck heute schon unerträglich ist, freizumachen.“

Dieser Aufruf dürfte bei manchem Klavierfabrikanten eine sympathische Saite berühren. Der Holzarbeiterverband gewinnt in ihren Betrieben immer mehr Boden. Selbst solche Klavierarbeiter, die von der Lebensstellung im Betriebe geträumt haben, welche ihnen den Verband als überflüssig erscheinen ließ, beginnen zu erkennen, daß das ein Traum ist, dem gar leicht ein unangenehmes Erwachen folgt. Da kann wohl bei manchem Fabrikanten die Sehnsucht nach gelben Arbeitern, mit welchen „ohne jede Schwierigkeit eine Lohnreduktion“ durchgeführt werden kann. Schwieriger dürfte allerdings die Befriedigung dieser Sehnsucht werden. Arbeiter, die nur über ein wenig Ehrgefühl verfügen, geben sich zu der schmutzigen Rolle nicht her, die den Gelben zugemutet wird. Sollte es wirklich einem Fabrikanten der Musikinstrumentenindustrie gelingen, sich mit einer gelben Streikbrechergarde zu umgeben, dann wird er sicherlich die Erfahrung machen, daß dieses Instrument dann verfaßt, wenn er es am notwendigsten braucht. Immerhin dürfte es sich auch für unsere Kollegen empfehlen, zu beobachten, welche Wirkung der Aufruf zur Gründung gelber Vereine auf die Unternehmer ausübt. Etwasigen Versuchen, Uneinigkeit in ihren Reihen zu säen, muß von vornherein mit der nötigen Energie entgegengetreten werden.

Die konstitutionelle Fabrik. Der Hirsch-Dundersche „Gewerbeverein“ berichtet mit großer Befriedigung über eine empfindliche Niederlage, welche die freien Gewerkschaften in der Freeseischen Jalouise- und Holzpfasterfabrik in Niederschönhausen bei Berlin erlitten haben sollen. In dieser Fabrik, die durch die Gewinnbeteiligung, welche sie den Arbeitern gewährt, bekannt geworden ist, wurde dem Vertrauensmann des Deutschen Holzarbeiterverbandes gekündigt. Der Versuch des Verbandes, die Kündigung durch Verhandlungen zu erreichen, war erfolglos. Es fand dann eine Sitzung des Arbeiterausschusses statt, in welcher dessen Mitgliedern von einem Beauftragten des Verbandes Vorhaltungen gemacht wurden, weil sie sich des Gemäßigten nicht kräftig genug angenommen hätten. Am gleichen Tage hätte eine vom Holzarbeiterverband und drei anderen sozialdemokratischen Verbänden einberufene Versammlung stattgefunden, die sich mit der Frage beschäftigte, ob die Freeseische Fabrik eine konstitutionelle Fabrik sei.

Herr Freese sei darüber so erobert gewesen, daß er in einer von ihm einberufenen Betriebsversammlung bekannt gab, daß er Mitglieder der fraglichen vier Verbände nicht mehr einstellen würde. Ebenso würde er bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen die Forderung, daß Arbeiter nur durch den Nachweis des Deutschen Holzarbeiterverbandes eingestellt werden dürfen, rundweg ablehnen, obwohl dieser Nachweis von allen anderen Jalouisefabrikanten anerkannt ist. Arbeiter, die diese Forderung vertreten wollen, sollen nur schleunigst von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch machen. Wörtlich fährt der „Gewerbeverein“ dann fort:

„Der Erfolg dieses Vorgehens ist recht erfreulich gewesen. Die neuen Tarife sind in der letzten Woche in allen Werkstätten unter Mitwirkung des Arbeiterausschusses für drei Jahre neu vereinbart worden. Sämtliche Tarifverträge enthalten die Bestimmung, daß eine Verpflichtung der Fabrikleitung zur Zusage eines bestimmten Arbeitsnachweises nicht besteht. Die Sperrung der Fabrik für Mitglieder der kampflustigen Verbände ist auch nicht zurückgenommen worden, und von dem Recht der Kündigung hat bis jetzt kein Arbeiter der Fabrik Gebrauch gemacht. Die konstitutionelle Fabrik hat sich im Kampfe mit der Sozialdemokratie als die stärkere erwiesen, und die „Genossen“ haben eine wohlverdiente Niederlage erlitten.“

Der Sachverhalt ist nach den uns zugegangenen Informationen sehr wesentlich anders, als er vom „Gewerbeverein“ dargestellt wird, doch wollen wir zunächst darauf nicht eingehen. Uns interessiert hier besonders die Freude, welche der Gewerbeverein über die Niederlage empfindet, welche nach seiner Darstellung die Organisation erlitten hat. Gewiß, es handelt sich um Organisationen, denen die Gewerbevereine feindlich gesinnt sind. Aber hat denn der „Gewerbeverein“ nicht ein wenig die Konsequenzen seiner Haltung überdacht? Wir sind der Meinung, daß es zu den Aufgaben der Gewerkschaften gehört, sich das Recht zu erringen, als Vertragskontrahenten anerkannt zu werden. Wir bekämpfen den Herr-im-Haus-Standpunkt des Unternehmers, der nur mit den Arbeitern des eigenen Betriebes verhandeln will. Wenn auch der Arbeiterausschuss unter Umständen ganz wichtige Funktionen wahrnehmen kann, so beruht sein Einfluß doch im wesentlichen darauf, daß die Organisation hinter ihm steht.

Nach der vom „Gewerbeverein“ gegebenen Darstellung ist es im vorliegenden Falle dem Unternehmer gelungen, den Arbeiterausschuss von der Organisation zu isolieren. Und darüber jubelt das Hauptorgan der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine! Die konstitutionelle Fabrik hat gesiegt, so ruft der „Gewerbeverein“ begeistert aus. Merkt er denn gar nicht, daß mit diesem Sieg der konstitutionellen Fabrik über die Organisation der Arbeiter dieses Fabrikstypus aufgehört hat, konstitutionell zu sein? Dieses System hat zur Voraussetzung, daß der Unternehmer die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Arbeiter und ihrer Vertreter anerkennt. Hier aber ist die vielgerühmte Freiheit der Arbeiter in glücklicher Weise verlegt worden. Der Unternehmer diktiert und die Arbeiter haben zu gehorchen. Vielleicht dürften sie nach ihre Ansicht in bescheidener Weise äußern, aber das ist wertlos, denn der Vertretung der Arbeiterschaft ist das Rückgrat gebrochen in dem Augenblicke, in welchem sie sich nicht mehr auf ihre Organisation stützen dürfen. Wir haben es nicht mehr mit der konstitutionellen Fabrik zu tun, das patriarchalische System ist an seine Stelle getreten. Der Arbeiter hat nicht mehr das Recht zu entscheiden, wo er seine Interessen wahrnehmen will; der Unternehmer macht sich an, für ihn zu denken und

zu handeln, wie für ein unmündiges Kind. Und darüber freut sich das Zentralorgan der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine! Ist es ein Wunder, wenn das Vertrauen der Arbeiter zu solchen Organisationen schwindet, so daß die Spitze schließlich nur von Unternehmernquadern eine kümmerliche Existenz fristen?

Die Hirsche können den Streitbruch nicht lassen. Die Notiz unter der vorstehenden Stichmarke in der vorigen Nummer der „Solgarbeiterzeitung“, deren tatsächlichen Inhalt wir der Frankfurter „Volkstimme“ entnommen haben, hat den Hirschen nicht gefallen. Der „Gewerkverein“, das Zentralorgan der Hirsch-Dunderschen, polemisiert deshalb in seiner Nr. 101 in recht starken Worten gegen uns. Dieser Polemik wird ein Schreiben des Frankfurter Sekretärs der Hirsche, Walzer, zugrunde gelegt. Nach dessen Darstellung ist er an der Vermittlung von Streitbrechern in die Kontornöbelfabrik von Eberhard Fejer völlig unschuldig. Walzer hat regelmäßig Montags Dienst auf dem Hirsch-Dunderschen Bureau in Worms. Während seiner Abwesenheit seien telephonisch tüchtige Schreiner nach auswärts verlangt worden, mit dem Hinzufügen, daß ein Streit nicht in Betracht komme. Das Fräulein, welches in Abwesenheit von Walzer dessen Geschäfte versieht, habe darauf keine Bedenken getragen, einen Arbeitssuchenden nach Stuttgart zu vermitteln. Als Walzer am Dienstag nach Frankfurt zurückkehrte und hiervon Kenntnis erhielt, kam ihm die Sache bedenklich vor und er untersagte jede weitere Heberweisung. Mit der Firma Fejer und ihrem Vertretter Brauner war er außer dem fraglichen Telephongespräch nicht in Verbindung und wissentlich habe er keine Streitbrecher vermittelt.

Wir können diese Darstellung Walzers als wahr unterstellen und wollen auch zugeben, daß bei der Arbeitsvermittlung gelegentlich ein Versehen unterlaufen kann. Wir hätten auch von diesem Fall schwerlich Notiz genommen, wenn sich nicht die Fälle Hirsch-Dunderschen Streitbruchs in letzter Zeit so stark gehäuft hätten, daß die Vermittlung, als ob es sich um ein neues Vorkommnis dieser Art handle, recht nahe lag. Sehr auf dem Holzwege ist aber der „Gewerkverein“, wenn er meint, einen Teil der Schuld dafür, daß der Hirsch-Dundersche Gewerksverein der Firma Fejer Arbeitswillige, wenn auch unabsichtlich, vermittelt hat, auf die „Solgarbeiterzeitung“ abzuheben zu können. Der „Gewerkverein“ schreibt: „Betrachten wir das Ganze nun noch von einem anderen Gesichtspunkte, dann mußte wenigstens die „Solgarbeiterzeitung“, wenn sie auf ehrliche Journalistik etwas hält, auch mitteilen, daß sie selbst erst am 10. Dezember die Firma Fejer in ihren Spalten sperrte, und daher niemand wissen konnte, daß bei dieser Firma Differenzen bestehen.“ In Wirklichkeit ist die Sperrung über die Kontornöbelfabrik Eberhard Fejer zum erstenmal in der Nr. 45 der „Solgarbeiterzeitung“ vom 5. November publiziert, und sie ist seither in jeder Nummer wiederholt worden. Man hätte deshalb bei einigem guten Willen auf dem Frankfurter Bureau des Gewerksvereins wissen können, daß in dem Betriebe Differenzen bestehen.

Waggonfabrik A.-G. Nerdlingen. Die Gesellschaft veröffentlicht den Bericht für das Geschäftsjahr 1909/10. Wie denselben zu entnehmen ist, setzte sich die ungünstige Lage in der Waggonindustrie im verfloffenen Geschäftsjahre in verstärktem Maße fort. Der Arbeitsmangel war größer denn je, und es herrschte ein Wettbewerb um die verhältnismäßig geringen am Markt befindlichen Vergebungen, der die Preise auf einen bisher wohl kaum dagewesenen Stand drückte. Der Umsatz erreichte nur eine Höhe von 3 704 257 Mk., das ist über 1 Million Mark weniger als im Vorjahre, wo derselbe 4 797 861 Mk. betrug. Trotzdem die Abschreibungen von 158 404 Mk. im Vorjahre auf jetzt 128 084 Mk. ermäßigt worden sind, verblieb an Kleinvermögen nur 244 525 Mk. gegen 308 823 Mk. im Vorjahre. Die Verwaltung schlägt den Aktionären vor, vom Meinerdium der Unterstützungskasse 5000 Mk. (wie im Vorjahre) zu übernehmen, ferner 22 388 Mk. (im Vorjahre 31 024 Mk.) als Gewinnanteile, 15 012 Mk. (16 876 Mk.) als Beschlagnahmen zu verteilen und als Dividende 150 000 Mark, das sind 6 Prozent, auszuschütten. Im letzten Jahre erhielten die Aktionäre 8 Prozent (200 000 Mk.), 51 225 Mk. bleiben als Massenbestand für das neue Geschäftsjahr. Für dieses werden die Aussichten als etwas günstiger geschätzt. In der letzten Zeit habe es den Anschein, als ob ein stärkerer Bedarf eintreten wolle, und es sei trotz der immerhin noch herrschenden schwierigen Verhältnisse gelungen, größere Aufträge zu erlangen, so daß die Gesellschaft einschließlich der seit dem 1. Oktober abgelieferten Wagen einen Auftragsbestand von 4 149 439 Mk. zu verzeichnen habe. Die hiernach zu erwartende nicht unwesentliche Erhöhung der Beschäftigung ermögliche eine bessere Ausnutzung der auch im Berichtsjahre noch weiter vervollkommenen Anlagen. Es werde dies um so mehr auf das Geschäftsergebnis vorteilhaft einwirken, als die im letzten Jahre weiter angeknüpften guten Beziehungen der Gesellschaft noch fernerhin größere Aufträge einbringen dürften.

Die Vereinigten Fassfabriken A.-G. in Cassel haben im laufenden Jahre, um ihre Fabrikanlagen besser auszunutzen zu können, die Wagen- und Turmgerätekabine Brint und die Tischlerei Leonhardt übernommen und betreiben damit die Fabrikation von modernen Fahrzeugen für städtische Verwaltungen. Der Vorstand verspricht sich von diesem neuen Zweig des Unternehmens eine gedeihliche Entwicklung. Der Gesamtbetrieb hat im abgelassenen Geschäftsjahr mit Verlust gearbeitet, was aber insbesondere auf die Absatzverhältnisse in den Bierbrauereien zurückgeführt wird. Um den Verlust zu tilgen, wurde das Aktienkapital von 3 auf 12 Millionen Mark herabgesetzt und von den Aktionären 10 Prozent Zugahlung eingefordert. Nach dem Geschäftsbericht soll der Auftragsbestand für das neue Jahr wesentlich höher sein, so daß die Aussichten günstiger liegen.

Ein Arbeitgeberverband für die Perlmutterindustrie ist, wie die „Deutsche Arbeiterzeitung“ berichtet, am 4. Dezember in Leipzig gegründet worden. Die Anregung ging vom Berliner Lokalverband aus. Zum Vorsitzenden ist der Generalsekretär Kasse in Berlin bestimmt, der auch noch andere Arbeitgeberorganisationen unter seinen Fittichen hütet.

Gewerkschaftliches.

Shänen des Schlachtfeldes.

Wenn die feindlichen Armeen sich vom Schlachtfeld zurückgezogen haben und die hereinbrechende Nacht ihre Schleiher über die Stätte des Kampfes ausgebreitet hat, dann haben sich die gespensterhaften Gestalten, die gekommen sind, um für sich Beute zu machen. Das wagen sie nicht im ehrlichen Kampfe, sie berauben Tote wie Verwundete, allein aus den Kämpfen anderer wollen sie ihren Vorteil ziehen. Kein Mensch vermag sie zu achten, die Shänen des Schlachtfeldes. Werden sie von einer der kriegsführenden Truppen bei ihrem schimpflichen Gewerbe erwischt, unweigerlich droht ihnen die schwerste Strafe, ebenso wie dem Soldaten, der aus Reich und Glied läuft, um seine Truppe dem Feinde zu verraten. Man braucht durchaus kein Freund des kriegerischen Spieles zu sein, um diese Moral verstehen und würdigen zu können.

Sollte aber diese Moral, die bei allen Völkern als selbstverständlich gilt, nur auf die blutigen Kämpfe roher Gewalt Anwendung finden und nicht auf die wirtschaftlichen Kämpfe unserer Tage? Wo hier oder da eine Arbeitergruppe um kürzere Arbeitszeit, um höheren Lohn ringt, auch da treten sie auf, die Shänen des Schlachtfeldes und die Heberläufer aus der eigenen Truppe. Wo heute in Deutschland erst ein Viertel der gewerblichen und ein Siebentel aller Arbeiter organisiert ist, darf es nicht verwundern, daß sich überhaupt noch Arbeiter finden, die nichts wissen von Selbstbestimmungsrecht und Persönlichkeit, die von den Ideen der modernen Arbeiterbewegung noch vollständig unberührt sind.

Diese aber sind es nicht mehr allein, die heute den organisierten Arbeitern bei den Lohnkämpfen hindernd in den Weg treten. Im Gegenteil, die Zahl dieser unbewußten Streitbrecher ist im Annehmen begriffen, seitdem die gewerkschaftliche Organisation sich immer mehr auf das flache Land ausdehnt. Eine ganz besondere Einschränkung hat aber der Zuzug billiger und williger Arbeitskräfte aus dem Osten Deutschlands dadurch erfahren, daß die Gewerkschaften in nimmer ermüdender Agitationsarbeit die Arbeitsverhältnisse dort vorwärts gebracht haben. Es ist freilich eine vornehmliche Aufgabe, die Arbeiter des Ostens zu höheren Ansprüchen an das Leben und zu gewerkschaftlicher Betätigung zu erziehen. Gar viele wandern weiter nach dem kultivierteren Westen, sobald sie erst begriffen, daß das Leben aus mehr bestehen kann, denn aus Arbeiten, Schlafen und Schnapstrinken, und die gleiche Erziehungsarbeit beginnt von neuem. Aber sie ist nicht zwecklos. In der Holzindustrie haben wir viele Orte im Osten Deutschlands, wo in dem letzten Jahrzehnt die Arbeitszeit von 11 auf 9 1/2 Tagesstunden herabgesetzt, der Lohn von 2 1/2 auf 4 Mk. gesteigert ist.

Solche Erfolge mußten notwendigerweise dem Zuzug billiger Arbeitskräfte nach den entwickelteren Gegenden Abbruch tun. Selbst aber, wo sie noch kamen, konnten diese an sich unverbodenen Elemente vor der Durchführung mit den gewerkschaftlichen Ideen nicht auf die Dauer behütet werden, sie waren ja nicht schlecht aus Prinzip, sondern aus Unwissenheit.

Trotz des Rückganges der Zahl dieser Art „Arbeitswilligen“ sind heute die bestreikten Unternehmer nicht ganz ohne Hilfe. Mehr und mehr haben sich „gewerbliche Streikbrecher“ herausgebildet. Wir denken dabei nicht einmal an die von den Unternehmern hergestellten „Gelben“, die grundsätzlich auf jedes Streikrecht verzichten, denn die Zuverlässigkeit dieser durch Terrorismus zusammengehaltenen Organisationen ist doch schließlich für die Unternehmer im Ernstfalle nur eine recht bedingte.

Wir denken vielmehr an die Streikbrechertruppe, wie solchen das bekannte Vermittlungsbureau Auguste Müller in Wandsbeck den Tipp gegeben hat. Truppe, die sich aus dem Abschaum der Großstädte zusammensetzen, deren Mitglieder es dann weniger darauf ankommt, durch ehrliche Arbeit Brot zu verdienen, als eben da zu sein und auch einmal „unjustifizierte Löhne“ zu kassieren, wie im Moabiter Prozeß ein Redakteur der „Berliner Morgenpost“ den Streikbrecheragenten Hünke reden ließ.

Dieser 21jährige, großproberische Hünke scheint überhaupt so etwas wie ein Typus eines modernen Streikbrecheragenten zu sein. Er selbst ist bei Auguste Müller in die Schule gegangen, aber in Moabit war er „selbständig“ und versprach, im Jahre ein Vermögen zu verdienen, Judasgeld! Er renommiert, daß seine „Siebenmonatskinder“, die Streikbrecher, so viel haben „wie zehn Schulkinder“, und das will doch gewiß etwas heißen.

Freilich steht die Qualität dieser Leute nicht mit ihrem Mundwerk im Einklang, denn wenn sie, wie Hünke angibt, heute als Schlosser, morgen als Lithographen und übermorgen als Kohlenfuhrleute arbeiten, dürften ihre Leistungen recht oft abschreckend wirken. Es darf darum auch nicht wundern, wenn die Delmenhorster Wagenfabrik, der Hünke auch zeitweise ausschalt, mit ihren Arbeitswilligen keine Seide spinnen konnte und ihr selbst die eigenen Aktionäre die Wagenkasten als unbrauchbar zurücksandten. Hünke kräftet sich übrigens auch, beim Streik unserer Kollegen in der Wagenfabrik Lindner in Ammendorf bei Halle die „Leute geliefert“ zu haben.

Billig sind allerdings diese „Qualitätsarbeiter“ für die Unternehmer keineswegs. Wie jüngst ein Müllerscher Angestellter auf der Reise dem Genossen Seeger vom Schmiedeverband ausgeplaudert hat, zahlte die Delmenhorster Wagenfabrik ihm als „Kontrollleur“ der Streikbrechergarde allein täglich 30 Mk. Dazu kommen noch die erheblichen Transport- und Verpflegungskosten und — die verpfuschte Arbeit, mit der die Kundschaft vertrieben wird. Wie wir in Nr. 46 berichteten, wurden gelegentlich des Streiks bei Nischbader in Jülich pro Streikbrecher 105 Fr. = 81 Mk. für die Versorgung gezahlt. Es sind also wirklich „teure Freunde“, diese Seelenverkäufer.

Für die Allgemeinheit aber bilden diese Elemente mit ihren Truppe eine öffentliche Gefahr. Wo einem anständigen Bürger Schwierigkeiten gemacht werden, von einem Waffenschein zu erlangen, fucheln die Streikbrecher umhindernd mit Revolvern herum. Nichts doch Hünke geradezu den Reiz für seine Leute, daß „sie wüßten dürfen und ungekräftigt losfahren können, daß die Recken fliegen“. Wollte man auch an der Wahrheit der Renommistereien

dieses Klinglings zweifeln, der Moabiter Prozeß hat den Beweis für solche Vorgänge zur Genüge erbracht.

Hünke, den die Polizei trotz ihrer engen Bekanntschaft mit ihm nicht finden wollte (S. wurde wegen Entziehung vom Militärdienst gesucht), soll ja nun inzwischen als unsicherer Seereschiffahrer zum Militär eingezogen sein. Sein System aber lebt weiter. Wie diese „Dinges“ und „Müllers“ Geschäftsverbindungen auffuchen, beweist eine Empfehlungsliste, die an den Metallindustriellenverband in Dresden gerichtet ist und also lautet:

„Berlin N. 20, Datum des Poststempels. Bankstraße 33.

Firma. Verband der Metallindustriellen, Dresden. Wir machen Ihnen hiermit ergebens auf unser Unternehmen aufmerksam. Wir sind eine Vereinigung unorganisierter Metallarbeiter jeglichen Berufs. Unsere Ziele und Bestrebungen sind, den Herren Fabrikanten bei Differenzen mit ihren Arbeitern zu unterstützen. Unsere Vereinigung rekrutiert sich nur aus erstklassigen Arbeitern. Wir stellen uns Ihnen jederzeit, jeder gewünschten Zahl und jeglichem Berufe zur Verfügung. Mit vorzüglicher Hochachtung

Antigewerkschaftliche Vereinigung in Vollmacht: Kasmarek.

Ja Referenzen stehen zur Verfügung.

Der Edelmann Kasmarek ist ein alter Freund des bekannten Herrn Lebius, aus dessen Schule er seine Erfahrungen hat, die er jetzt wohl nach Hünkeschem Rezept „selbständig“ zu bewerten sucht. Die Mitgliederzahl dieser gelben „Antigewerkschaftlichen Vereinigung“ dürfte ja über einige arbeitsschneue Elemente, wie solche sich in jeder Großstadt vorfinden, nicht hinausgehen. Der anständige Arbeiter geht diesen Leuten weit aus dem Weg, und auch der Unternehmer will in ruhigen Zeiten mit ihnen nichts zu tun haben. Es gilt auch hier, daß man wohl den Verrat, aber nicht den Verräter liebt. Ein recht treffendes Urteil über die Streikbrecher äußert der frühere nationalsozialistische Abgeordnete für Marburg, S. v. Gerlach, in der Berliner „Welt am Montag“:

„Die „Arbeitswilligen“ sind, von Ausnahmen natürlich abgesehen, der Abhub der Arbeiterschaft. Alle anständigen Arbeiter erblicken in diesen Vurschen, den Shänen des Schlachtfeldes der Arbeit, ein verächtliches Element. Viele von den berufsmäßigen Streikbrechern sind nur gerade dann arbeitswillig, wenn die Arbeit zum Verrat an der Arbeiterschaft wird. Sonst gehen sie der Arbeit möglichst aus dem Wege, haben allerlei auf dem Kerbholz, neigen zu Gewalttätigkeiten.“

Das ist ein bürgerliches Urteil, dem wir nichts hinzuzusetzen haben. Es wird allerdings noch lange dauern, ehe das Unternehmertum trotz dieser ziemlich verbreiteten Einschätzung der Streikbrechergarde auf deren Dienste verzichtet. Ein ehrenvoller Frieden mit der Arbeiterschaft dürfte freilich in allen Fällen billiger sein als diese „teure Hilfe“. In der Holzindustrie haben diese Helferruppen seither noch keine große Bedeutung erreicht, dazu sind die Anforderungen an die Fähigkeiten des einzelnen hier in der Regel zu hoch und der Geldbeutel der Unternehmer zu klein, um solche Schröpfungen lange zu ertragen zu können. Die tiefste Bestimmung, die sich z. B. in der obigen Geschäftsempfehlung äußert, dürfte auch alle anständigen Arbeiter für immer abhalten, solchen Seelenverkäufern in ihrem schmutzigen Gewerbe beizustehen, das beste Gegenmittel aber ist

Aufklärung der Unorganisierten.

Der Reichskanzler und seine gelben Freunde. Am 11. Dezember trat der in der Delegiertenversammlung der gelben Vereine im Oktober dieses Jahres gewählte Hauptausschuß zu einer Sitzung zusammen, um die ihm von den Scharfmachern aufgetragenen Beschlüsse zu fassen. Die gelben Führer bemühten die Gelegenheit, sich beim Reichskanzler in empfehlende Erinnerung zu bringen, indem sie ihm folgendes Telegramm sandten:

Euerer Erzellenz senden ehrerbietige Glückwünsche zur gestrigen bedeutsamen Reichstagsrede die zur ersten Tagung ihres gemeinsamen Hauptausschusses versammelten Vertreter der unterzeichneten nationalen Arbeiterverbände mit mehr als 110 000 Mitgliedern. Mit besonderer Genugtuung begrüßen wir die angeländigten Gesetzesmaßregeln gegen die gewissenlose Verheerung unseres Volkes durch fanatische Agitatoren, sowie den von Arbeitgebern und der überwiegenden Mehrzahl der Arbeiter lange ersehnten, wirksamen gesetzlichen Schutz der persönlichen Freiheit und Selbstbestimmung. Die heutige Gewaltherrschaft der Sozialdemokratie muß beseitigt werden.

Herr v. Bethmann Hollweg war von dieser Aufmerksamkeit der ihm gleichgesinnten Seelen auf das höchste entzückt und gab gleichfalls auf telegraphischem Wege die folgende Antwort:

Für Ihre freundliche telegraphische Begrüßung sage ich meinen besten Dank. Alle Bestrebungen, die sich auf den Ausgleich der wirtschaftlichen Gegensätze auf friedlichem Wege und nationaler Grundlage richten, sind mir bei meinen Bemühungen, die staatliche Ordnung und persönliche Freiheit zu sichern, eine wertvolle Unterstützung.

Reichskanzler von Bethmann Hollweg.

Sie sind einander wert, dieser Reichskanzler und seine gelben Freunde. Wir gönnen Herrn v. Bethmann Hollweg die wertvolle Unterstützung der gelben Ehrenmänner; die Achtung ehrlicher Arbeiter wird er sich wohl schwerlich eringen.

Technisches.

Fachblatt für Solgarbeiter. Das soeben erschienene Dezemberheft behandelt in seinem ersten Teil die Arbeiterwohnung und tritt damit dem Glauben entgegen, als ob das Charakteristikum der einfachen Wohnungseinrichtung nun für alle Zeit Rambo- und Bazarware niedrigerer Art sein müsse. Das Heft berichtet auch über einige Versuche, die Grundsätze der modernen Wohnungskunst auf die Arbeiterwohnung zu übertragen. Hugo Hillig schreibt über „Eine Arbeiterwohnung des“

Verzeichnis für Kunstpflege in Hamburg, Max Winter-Vien über eine „Wiener Ausstellung von Kleinbeamten- und Arbeiterwohnungen“, Nov. Breuer über „Arbeitermöbel“. Die beigegebenen Illustrationen zeigen, daß es sehr wohl möglich ist, beim Verzicht auf die Vorpiegelung teurer Holzarten oder schwieriger Konstruktionen innerhalb der gegebenen Preisgrenzen gefällige Formen mit zweckmäßiger Ausführung zu paaren. Das Heft dürfte deshalb auch für die vielen jungen Kollegen Interesse haben, welche noch die künftige Einrichtung des eigenen Heimes in den Kreis ihrer Überlegungen ziehen können. Neben dem bereits Angeführten enthält das Dezemberheft den Schluß der Artikel über Drehtischkonstruktionen und über die Ausgestaltung der Schreien von Schneidinstrumenten zur Verleinerung der Leser.

Mit dem vorliegenden Heft schließt auch der Jahrgang 1910 ab, der bereits im eleganten Leinenband vorliegt und gegen 5,50 Mk. abgegeben wird.

Das Fachblatt für Holzarbeiter erscheint am 15. jedes Monats und ist gegen 1 Mk. pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu abonnieren, sowie bei der Expedition, Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2. Einzelhefte werden zu 50 Pf. abgegeben.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2, bezogen werden.

Lebensmittelwucher und Warenentwertung. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Heft 6 der Serie Sozialdemokratische Flugchriften. Durch die gegenwärtig herrschende Teuerung aller notwendigen Bedarfsartikel ist die populär geschriebene Broschüre besonders aktuell und dürfte gern gekauft werden, um so mehr, als der Preis nur 10 Pf. beträgt. An Organisationen ist eine billige Ausgabe ohne Umschlag zu Agitationszwecken hergestellt, die ganz billig abgegeben wird.

Die bürgerliche Jugendbewegung. Von Karl Korn. Herausgegeben von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend (Hr. Eberl). Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lindenstraße 69. 112 Seiten. Preis brosch. 1 Mk., gebd. 1,50 Mk.

Jeder für die Jugendbewegung interessierte Genosse sollte sich in den Besitz der Schrift setzen. Aber auch die Jugendlichen selber werden aus ihr mannigfache Belehrung schöpfen können, sowohl über die Gefahren, die ihrem Vorkampfstreben von gegnerischer Seite drohen, als auch über die Notwendigkeit, ihre Altersgenossen, Lehrkameraden und jugendlichen Mitarbeiter der freien Jugendbewegung zuzuführen.

Dokumente der Schande. Beilage für den Verrat der deutschen Arbeiterpartei. Zusammengefaßt von Julius Deutsch. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Franz Brand u. Co. in Wien. Preis 12 Heller.

Die sogenannten deutschen Arbeitervereine sind eine Art der Gelben, die sich in Deutsch-Oesterreich breit zu machen suchen. Die vorliegende Schrift bringt urkundliches Material zur Kennzeichnung dieser Gesellschaft.

Abrechnung. Politische Verfahrtritte von Rudolf Franz. Herausgegeben von der Zentralkommission der Bildungsausschüsse für Rheinland und Westfalen. Kommissions-Debit A. Gerisch, Dortmund. Preis 30 Pf.

Eine Sammlung satirischer Gedichte, die zum Teil erstmalig in verschiedenen Parteiblättern abgedruckt wurden. Der Bildungsausschuß, der die Gedichte gesammelt herausgegeben hat, hofft damit einem Mangel abzuhelfen, der bei festlichen Veranstaltungen der Arbeiterschaft zutage trat, wo es bisher an geeignetem Vortragsmaterial auf dem Gebiete politisch-sozialer Satire fast völlig gefehlt hat.

Briefkasten.

* Wir sehen uns genötigt wiederholt daran zu erinnern, daß alle Zuschriften an die Redaktion den Zahlstellenstempel und die Unterschrift des Einsenders tragen müssen.

Versammlungs-Anzeiger.

Frankfurt a. M. Samstag, den 31. Dezember, abends 8 1/2 Uhr. Sektions-Versammlung der Wagner in Gewerkschaftshaus, kleiner Saal A.

Anzeigen.

Hamburg. Der paritätische Arbeitsnachweis ist am 1. Oktober 1910 eröffnet und befindet sich Hamburg, Alsterstraße 41. Für den geschäftlichen Verkehr geöffnet von vormittags 9 bis 1 Uhr. Telefon Gruppe III, 4480 und Gruppe I, 8710.

Das Umschauen in Jagdschloßgebieten Hamburg-Mitte, Wandsbek, Wilhelmsburg und Schiffbek ist strengstens verboten. Die Einstellung der Vertragsbrände darf nur durch den paritätischen Arbeitsnachweis erfolgen.

Albeck. Der paritätische Arbeitsnachweis für das Holzgewerbe zu Albeck befindet sich Albeck 28 und ist geöffnet von vormittags abends von 6 1/2 Uhr an. Die gesamte Arbeitsvermittlung erfolgt nur durch diesen Arbeitsnachweis. Umschauen ist strengstens verboten. Der Arbeitsnachweis für die Wälderrückfälle zu Albeck, Unterstraße 104, ist geöffnet.

München a. D. Der Arbeitsnachweis für Bergarbeiter, Kohlenarbeiter, Maschinenführer und alle in der Holzindustriebranche beschäftigten Arbeiter befindet sich bei Kollegen Georg Stübli, Brauerei Pasing, wozu alle Anfragen zu richten sind. Die Kollegen werden ersucht, nur diesen Arbeitsnachweis zu benutzen. Umschauen ist verboten.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Arbeiter, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich beim Kollegen Eimer, Hermannstraße 2, vom paritätischen Arbeitsnachweis. Die Arbeitsvermittlung wird im Gewerkschaftshaus, Wallstraße 41, ausgeführt. An Wochenenden abends 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Zeitenroda. Arbeitsnachweis Hofstraße 59. Umschauen strengstens verboten.

Tüchtige Möbeltischler, welche nach Zeichnung gut arbeiten, erhalten gutlohnende und dauernde Beschäftigung. **Kunstmöbelfabrik, Trenen i. Sa.**

Gewandter Tischler, welcher sich zum Verkauf von Werkzeugen eignet, wird zum 1. Jan. gel. **Berlin, Warshauerstr. 41/42.**

Suche einen in allen modernen Holz- und Holzarten durchaus erfahrenen, soliden Mann als Helfer und Helfer für dauernde Stellung. Offerten mit Gehaltsansprüchen an **Louis Groß, Möbelfabrik, Landau, Pfalz.**

Berlinter Knopfdreher. 1 guter Fassendreher und 1 Ausbohrer (Kraftbetrieb) finden sofort dauernde Stellung bei **Eckardt & Co. Neu-Husen, Frankfurt a. M.**

Einen jungen Korbmachergehilfen auf Mattarb. sucht **sof. Fritz Barthel, Oker a. Harz.**

Korbmacher. Zwei tüchtige Gesellarbeiter auf nur bessere Paddmöbel verlangt **sofort P. Fehner, Berlin, Potsdamerstr. 51.**

Sucht 8 bis 10 Korbmacher auf Fischlöche. **H. Döcher, Sellstedt b. Wulsdorf.**

Einige tüchtige Gesellarbeiter auf einfache und bessere Rohmöbel, sowie Korbmacher auf Hochlöche per Anfang Januar 1911 gesucht. Einstellungen erbiten schriftliche Angebote **Ferd. Althoff & Cie., Rohwarenfabrik Nürnberg 25.**

Tüchtiger Bürstenmachergehilfe, der im Wischen gut erfahren ist, nebenbei auch Beden und Einziehen kann, gegen guten Lohn und dauernde Stellung per sof. gesucht. **Waldenbühlens-Fabrik Ferd. Polhaus, M.-Glöckbach.**

3 Pantinenmacher, Nagler, sofort für dauernde Arbeit gesucht. Auch Verheiratete. **Heinz Ahrens, Brome, Hannover.**

Tischlerwerkzeuge, anerkannt fabrikt und hält auf Lager **H. Himstedt, Hamburg, Lgc. Mühren 86/87. Preisl. z. Dienst.**

Fachblatt für Holzarbeiter

legt nunmehr der Jahrgang 1910 abgeschlossen vor. Auf 200 Seiten und 20 Beilagen, dabei drei vorzüglich in Mehrfarbendruck ausgeführt, ist alles Wissenswerte aus der technischen und kunstgewerblichen Entwicklung der Holzindustrie zusammengetragen.

Aus dem reichhaltigen Inhalt des Jahrganges 1910:

- Das Furnieren.
- Konstruktion und Gestaltung der Tischlereierzeugnisse.
- Das Münchener Kunstgewerbe.
- Kalkulationen.
- Gartenmöbel.
- Der Aufbau der Stühle und Sessel.
- Treppekonstruktionen.
- Ausgestaltete.
- Die Prüffelder Weltausstellung.
- Arbeitermöbel.
- Wiener Wohnungseinrichtungen.
- (Dezemberheft.)

Die abgelaufenen Jahrgänge des Fachblattes für Holzarbeiter haben bleibenden Wert und bilden in ihrem eleganten Ganzleinenband eine Herde jeder Holzwerkstätte. Vor allem sollten diese Bände in keiner Zahlstellenbibliothek fehlen.

Die bisher erschienenen Jahrgänge werden gebunden zu 5,50 Mk. in Heften zu 4 Mk. abgegeben. Der Jahrgang 1909 ist in 10 Heften nicht mehr komplett zu haben. Es empfiehlt sich daher, diesen gebunden zu bestellen.

Das Sonderheft München wird einzeln zum Preise von 50 Pf. abgegeben. Einbanddecken sind zum Preise von 1 Mk. noch zu allen Jahrgängen zu haben. Bestellungen auf Abonnements für 1911 sind an die Verlagsanstalt oder das Postamt zu richten, oder direkt nach Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.



Riegler's Patent Nr. 203 622
Diese Feinäge für Luth- u. Messinggebrauch zu kaufen ist ein Vorteil. Durch alle einzi. Geschäfte zu beziehen. **Sägen- u. Werkzeugfabrik Riegler, Nürnberg.**

Der Vertrauensmann
Die Tätigkeit der Werkstattdienstvertrauensmänner im Deutschen Holzarbeiterverband
Eine Anleitung, herausgegeben vom Verbandsvorstand. Preis pro Exemplar 80 Pf. Für Verbandsmitglieder 15 Pf.

Protokoll des fünften Internationalen Holzarbeiterkongresses
am 5. u. 6. September 1910 zu Kopenhagen
Ausgabe in deutscher Sprache. Preis pro Exemplar 50 Pf. Für Verbandsmitglieder 30 Pf.

Wir empfehlen ferner nachstehende Werke in neuer Auflage zur Anschaffung:
Die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Von Karl Legien. Zweite umgearbeitete Auflage. Preis 25 Pf.
Das Weizen und Färben des Holzes. Ein Hand- und Hilfsbuch zum praktischen Gebrauch für Tischler, Drechsler u. von Bildh. Zimmermann. 6. Auflage. Brosch. 4. - mit Porto 4,20.

Moderne Farben auf Holz. Eine Musterkarte mit 150 Farbcapitonen (Belegungen). Supplement zu vorstehendem Werk. Von Bildh. Zimmermann. 4. - mit Porto 4,20.

Jahrbuch 1909 des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Preis 2 Mk., gebunden 2,50 Mk.
Protokoll des Verbandstages in München. Preis 60 Pf., gebunden 80 Pf.
Für Verbandsmitglieder beträgt der Vorzugspreis für ein Jahrbuch 75 Pf., geb. 1,20 Mk., für ein Protokoll 20 Pf., geb. 50 Pf.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.

Ersatz des Fachschulbesuches

Selbstunterrichtswerke System Karnack-Hachfeld: Zimmermeister, Holzbildhauer, Kunst- u. Möbeltischler, Bautischler. Anerkennungsschreiben und Ansichtssendungen bereitwilligst ohne Kaufzwang. **Bonnoss & Hachfeld, Potsdam W. 10.**

Zeichnungswinkel aus glasstemmtem Zellulose. Vereinfacht rechen Winkel, Transporteur, Maßstab u. Neigungsscheibe in einem Stück. Ist daher der vorteilhafteste Zeichnungswinkel der Welt. Preis 2 Mk. bei 14x28 cm und 1 Mk. bei 8x14 cm.
H. Pfeife, Klingenthal i. S.

Qualitäts-Marken und Kautschuk - Stempel
Liefert seit 80 Jahren **Jean Holze & Co.** Hamburg, Wafenbinderhof 70.

Tischler - Fachschule Detmold
gegründet 1893. Stadt. Schulgebäude, Meister, Werkmeister, Zeichner, Grösse Hör- und Zeichen-Säle. :: Programme frei. ::
DIREKTOR BRECHT.

B. Kolscher's
Fachschule Detmold
für Tischler u. für gewerbl. Zeichnen
Extersstrasse, Ecke Grabenstrasse.
In 3 Monaten: Ausbildung zum Werkführer und Techniker. In 6 Monaten: Ausbildung zum Zeichner und Buchhalter. Schulgeld 25 Mk. pro Monat. Kostenfreie Abschlussprüfungen. Eintritt jederzeit. Auskunft durch die Direktion. **B. Kolscher.**

Süddeutsche Schreiner-Fachschule
Nürnberg. Erstklassige Lehranstalt. **Dir. Carl Walbaum.**

Tischler-Schule Blankenburg
am Harz
1 bis 12 monatliche Kurse. Unter meiner Leitung sind bisher über 2000 Schüler im Alter v. 17-40 Jahren ausgebildet. Programm frei. **Direktor Heineking.**

Deutschlands einzige m. Handels-Lehranstalt verbund. Tischler-Schule Ilmenau 8
Werkführer, Zeichner, Buchh., Betriebsl. Gründl. technische u. kaufmännische Ausbildung. Erfolg garantiert. **Programm frei**

Laubsägeerei
Kerbschnitzerei :: Holzbrandmalerei
Nächst am billigsten Schnitt. Werkzeuge, Vorlagen, **Guls J. Brendel, Mutterstadt 95, Pfalz.**
u. s. w. Reichhalt. Katalog gratis u. franko. **Laubsägeholz von 1 Mark an.**

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik Hamburg 23

zwei deutsche Reichspatente

Nach meinem durchgeführten Verfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritlöslichem Polierpulver (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht:

- :: eine sofortige Porenfüllung ::
- man erspart Material, Zeit, Arbeit,
- erzielt ::: edlen, unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes, Oelausschwitzen, Rissigwerden der Politurdecke, weisse Flecke, sowie Einschlagen der Politur.
- vermeidet Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine unverfälschte Schellack-Politur verwendet.
- Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren spritlösliches Polierpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder verkauft wird.

Ich versende zum Versuch ein Körbchen enthaltend

- 1 Flasche Marmor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpolieren
- 1 " Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren
- 1 " Patent-Politur zum Reinpulieren
- 1 " allerfeinsten Politur-Glanzack, blond, zum Ausziehen von Kehlälsten usw.
- 1 " allerfeinsten Kristall-Glanzack, blond (Stuhlack, Drechsler-, Bildhauerlack)
- 1 " Schleif- und Polieröl, gelblich
- 1 Dose Porenfüllpulver, feinste Marke "Hornol"
- 1 " Porenfüllpulver, gemischte Qualität "Marmor-Mono"
- 1 " Bimstein-Polierpulver, hellnussbraun
- 1 Tube Inkrustationskitt (Holzkitt), blond, zum Auskitzen schadhafter Holzstellen
- 1 Stück Korkschieleklötz, 120x75x30 mm

zum Ausnahmepreis von **8 Mark** franko inkl. Emballage gegen Nachnahme.

Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat. Bei Bestellungen genügt die Angabe: **1 Postkollo** zum Versuchspolieren **8 Mark.**

Mein Lehrbuch über das Beizen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in markiger Werkstattdsprache fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, eine künstlerisch ausgeführte **40farbige Beiztafel** und Preisverzeichnis über 160 Artikel. Empfohlen und glänzend beurteilt von Prof. Dr. Mellmann-Berlin, Prof. Dr. Otokar Lenecek-Brünn, Prof. Ch. Herin, Waide-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andes-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), k. k. Staatsgewerbeschule-Graz, Direktor J. Gossmann, München. Preis Mk. 1,50. Bei Auftragserteilung wird der Betrag zurückvergütet.

Werkstattplauderei. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Interessant, unterhaltend, lehrreich für alle Männer der Werkstatt, behandelt die Konstruktionen, Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgänge der Holzindustrie in volkstümlicher Form. Abonnement jährlich 12 Nummern 3 Mark.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.